

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

**VERBÄNDE**



Thema: Das gute Leben und Buen Vivir	29
DNR intern	30
Preise & Ausschreibungen	31

**SERVICE**

Termine	32
Impressum	32

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Globale Entwicklung	

**THEMEN DES MONATS**

Klimawandelanpassung

## Stadtklima und Hitzestress

**Anpassungsmaßnahmen müssen die Komplexität von Städten berücksichtigen**

Seite 2

Entwicklungspolitik

## Wir können uns nicht länger rausreden!

**Warum die SDGs eine Handlungsanleitung für eine bessere Welt sein müssen**

Seite 4

Divestment

## Kein Geld mehr für den Klimawandel

**Nur wenn keine fossilen Energieträger mehr finanziert werden, ist der Planet Erde noch zu retten**

Seite 6

Interview: Tazio Müller über die Antikohlebewegung

## „Mit dem Rücken zur Wand“

**Für den Kohleausstieg braucht es eine größere gesellschaftliche Debatte und gerechte Übergangspläne**

Seite 13

## Klimawandelanpassung

# Stadtklima und Hitzestress

Anpassungsmaßnahmen müssen die Komplexität von Städten berücksichtigen

**Auch 2015, im Wissenschaftsjahr Stadt der Zukunft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, war der Sommer wieder heiß. In Städten ist Forschung, aber auch entschiedenes Handeln notwendig, um in den Bereichen Stadtklima und Hitzestress von bloßen Hinweisen und Empfehlungen zur erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen zur Reduzierung von Hitzestress zu kommen. ■ VON BRITTA JÄNICKE, TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN**

Hitzewellen gehören weltweit zu den gefährlichsten Naturkatastrophen. Da deren Folgen aber nicht direkt sichtbar sind und keine spektakulären Bilder produzieren, erhält das Thema Hitzestress bislang wenig Aufmerksamkeit und findet häufig nur während Hitzeperioden Einzug in die öffentliche Debatte. Auch in diesem Sommer ist wieder deutlich geworden, dass Hitze das Leben von Menschen negativ beeinflussen kann.

Während Hitzewellen wird die menschliche Gesundheit – insbesondere von Älteren und Kranken – beeinträchtigt und negative Folgen wie eine erhöhte Sterblichkeit treten auf. Während der Hitzewelle von 2003 waren in Europa 70.000 zusätzliche Todesfälle zu verzeichnen.<sup>(1)</sup> Wie der IPCC berichtete, steigen durch den Klimawandel sowohl die Häufigkeit als auch die Intensität von extremen Hitzewellen, sodass die Relevanz von Hitzestress in Zukunft noch zunehmen wird. Daher stellen sich die Fragen, welche Faktoren Hitzestress beeinflussen, wer besonders davon betroffen ist und welche Anpassungsmaßnahmen getroffen werden können.

### Hitzestress als urbanes Problem

Menschen in Städten sind einem besonders hohen Hitzestressrisiko ausgesetzt, da Städte im Vergleich zum Umland eine höhere Lufttemperatur aufweisen können. Solche durch Städte veränderten Wetter- und Klimabedingungen sind weltweit beobachtet worden und werden in Zukunft durch Urbanisierung weiter verstärkt. Die erhöhte Lufttemperatur in Städten führt zur Ausbildung von sogenannten städtischen Wärmeinseln. Dieses Phänomen tritt

vor allem in der Nacht auf, verursacht unter anderem durch die Wärmespeicherung und -abgabe von Gebäuden und versiegelten Flächen. Auch der geringe Vegetationsanteil in Städten trägt zur Überwärmung bei. Gerade in windschwachen Wetterlagen mit hoher Sonneneinstrahlung treten ausgeprägte städtische Wärmeinseln auf. In Berlin beispielsweise sind Innenstadtbereiche in den Sommernächten bis zu 10 Grad Celsius wärmer als das Umland. Tagsüber hingegen sind die Unterschiede zwischen Stadt und Umland in der Regel geringer. Auch andere Klimatelemente wie Sonneneinstrahlung, Wind und Luftfeuchtigkeit werden durch die heterogenen Stadtstrukturen beeinflusst.

Städte weisen eine ganze Bandbreite verschiedener Mikroklimata auf. Innerhalb einer Stadt kann es somit kühlere Bereiche geben, zum Beispiel innerhalb von baumbestandenen Stadtparks oder in engen Straßenschluchten, und heiße Bereiche ohne Schatten wie beispielsweise auf freien Plätzen. In Städten der gemäßigten Breiten wäre eine flächendeckende Beschattung aber nicht wünschenswert, denn andere Jahreszeiten erfordern diese sonnigen Plätze, um Kältestress zu vermeiden. Daher zeichnet sich ein ideales Stadtklima durch eine möglichst große Vielfalt verschiedener Mikroklimata und die Vermeidung von Extremen aus.

Auch das Innenraumklima ist bei der Betrachtung von Hitzestress wichtig. In Innenräumen verbringen Stadtbewohner in Europa über 90 Prozent ihrer Zeit. Für das Klima im Innenraum spielen neben dem Wetter und Klima im Außenraum nicht nur die Gebäudeeigenschaften, sondern auch die Lage innerhalb der Stadt und des Gebäudes

sowie das Verhalten der Bewohner – zum Beispiel das Lüftungsverhalten – eine entscheidende Rolle.

### Einflussfaktoren der Hitzestressgefährdung

Viele Faktoren begünstigen Hitzestressgefährdung, nicht allein hohe Temperaturen. Sonnenstrahlung wirkt stark auf die Wärmeregulation des Menschen, aber auch Luftfeuchtigkeit und Windgeschwindigkeit spielen eine entscheidende Rolle. Mit sogenannten thermischen Indizes, die die Klimatelemente Lufttemperatur, lang- und kurzwellige Strahlung, Luftfeuchtigkeit und Windgeschwindigkeit berücksichtigen, wird die Hitzestressgefährdung beurteilt. Die „gefühlte Temperatur“ ist ein solcher Index, den der Deutsche Wetterdienst verwendet.

Diese verwendeten Klimatelemente spiegeln auch die Prozesse wider, die im Körper stattfinden, um trotz warmer Außentemperatur die Körperkerntemperatur konstant zu halten. Wenn die Umgebungstemperatur höher ist als die Hauttemperatur, wird Wärme durch Verdunstungskühlung abgegeben. Die Verdunstung von Schweiß kühlt die Haut. Gleichzeitig weiten sich die Blutgefäße, sodass schnellere Blutflussgeschwindigkeiten die Kühlungsrate erhöhen. Diese Maßnahmen der Wärmeregulation fordern das Herzkreislaufsystem besonders und der Wasserverbrauch steigt.

### Belastungen durch Hitzestress

Während sich gesunde und mobile Stadtbewohner über eine Hitzewelle und besonders laue Nächte in Städten freuen und die

Badeseen und Freibäder bevölkern, kann die Belastung für Kranke und Ältere deutlich negativ sein und zu Hitzestress führen. Hitzestress bezieht sich auf messbare negative Wirkungen. Solche Effekte fangen bei mangelnder Konzentrationsfähigkeit und verringerter Arbeitsproduktivität an und führen bis hin zu mehr Krankenhauseinlieferungen und längeren stationären Behandlungen.

Viele Studien zeigen auch den Zusammenhang zwischen steigenden Temperaturen und erhöhter Sterblichkeit, wobei die Schwellenwerte und der Anstieg der Sterblichkeit große regionale Unterschiede aufweisen. In Berlin sind beispielsweise deutlich mehr Tote statistisch in Verbindung mit erhöhten Temperaturen zu bringen (etwa 600 bis 1400 Tote pro Jahr, 2001–2010)<sup>(2)</sup> als im Verkehr pro Jahr umkommen (66 Tote pro Jahr, 2001–2010).<sup>(3)</sup>

In Deutschland und den mittleren Breiten ist die Beziehung zwischen Hitzestress und Sterblichkeit aber nicht direkt. Zum einen gibt es häufig einen Versatz von einigen Tagen. Zum anderen wird die erhöhte Sterblichkeit nicht direkt durch einen Hitzeschlag oder ähnliches hervorgerufen, sondern häufig verstärken sich bereits bestehende Krankheiten. So sind insbesondere Ältere und Personen mit Herz-Kreislauf- und Lungen- sowie Atemwegserkrankungen betroffen. Auch Wechselwirkungen mit bestimmten Medikamenten und psychische Krankheiten erhöhen die Verwundbarkeit. Neben der physischen Verfassung gibt es noch viele weitere Einflussfaktoren wie sozio-ökonomischer Status, Sozialkontakte oder die Lage des Schlafzimmers. Die Faktoren, die Hitzestress beeinflussen, sind also vielfältig. Die Wettersituation, Eigenschaften von Gebäude und Vegetation, der Aufenthaltsort und vieles mehr sind zu berücksichtigen.

Um solche Prozesse zu verstehen und sinnvolle Anpassungsmaßnahmen zur Reduzierung von Hitzestress zu entwickeln, ist interdisziplinäre Forschung nötig. Ein einfaches Beispiel verdeutlicht die komplexen Wirkungsgefüge, die es zu berücksichtigen gilt: Zur Verminderung von Hitzestress im Innenraum denkt man häufig als Erstes an Klimaanlagen. Unbe-

stritten ist, dass Klimaanlagen die Temperaturen im Innenraum reduzieren können. Doch ist es erstrebenswert, beispielsweise in Deutschland die Verbreitung von Klimaanlagen voranzutreiben? Die Energie, die zur Kühlung im Innenraum benötigt wird, wird zu einem Großteil als Wärme an das Außenklima abgegeben. Solche anthropogenen Wärmeflüsse tragen wiederum zu einer Verstärkung der städtischen Wärmeinsel und somit zum Anstieg der Außentemperatur bei. Zudem sind herkömmliche Klimaanlagen energetisch ineffizient und verbrauchen viel Strom, was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöht. Darüber hinaus zeigen Erfahrungen aus Ländern, in denen Klimaanlagen weit verbreitet sind, dass solche individuellen Anpassungsmaßnahmen die Umweltgerechtigkeit verschlechtern, da einkommensschwache Haushalte Klimaanlagen häufig aufgrund zu hoher Strompreise nicht nutzen (fuel poverty). Am Beispiel der Klimaanlagen wird somit deutlich, dass Anpassungsmaßnahmen umfassend in ihren Wirkungen und möglichen Zielkonflikten betrachtet werden müssen.

### Schlussfolgerungen für die Planung

Während in der Forschung noch viele Fragen insbesondere zur Quantifizierung der Wirksamkeit von Anpassungsmaßnahmen offen sind und Forschungsprojekte laufen,<sup>(4)</sup> gibt es bereits seit vielen Jahren Planungshinweise für Anpassungsmaßnahmen in der Stadt- und Raumplanung. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind meist „No-Regret-Maßnahmen“, also Maßnahmen, die trotz Unsicherheiten in den zu erwartenden Klimaänderungen und Wirkungen bereits heute einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Lebensqualität leisten können. Zu diesen Maßnahmen zählen vor allem die Erhöhung des Vegetationsanteils durch Straßenbäume, Parks, Dach- und Fassadenbegrünung, die Vermeidung von Versiegelung und die Entwicklung von Hitzefrühwarnsystemen. Auch das kürzlich vom Bundesumweltministerium herausgegebene Grünbuch Stadtgrün verweist auf die positive Wirkung von Vegetation. Denn Stadtbäume spenden Schatten und Fassaden- und Dachbegrünung kann bei schlechter Gebäudeisolierung

den Innenraum vor Erwärmung schützen. Zudem stellt Stadtgrün auch weitere Ökosystemleistungen bereit.

Doch auch bei Maßnahmen, die prinzipiell viele Vorteile bringen können, ist zur transparenten Kommunikation und zur Überprüfung der Wirksamkeit eine Differenzierung bezüglich des Ziels und des Handlungsfeldes nötig. Die Fragen sind: Wer ist die Zielgruppe? Sind es kranke oder gesunde und mobile Menschen? Welche Stadtsituation soll verändert werden? Soll die Maßnahme tagsüber oder nachts wirken, und im Innen- oder Außenraum? Genauso vielfältig wie die Ziele können dann auch die Anpassungsmaßnahmen aussehen.

Viele Richtlinien und Pläne existieren bereits auf europäischer, deutscher und städtischer Ebene, vor allem eingebettet in Klimaanpassungs- und Vermeidungsstrategien. In Deutschland verfügen die meisten großen Städte inzwischen über solche Pläne, jedoch von sehr unterschiedlicher Qualität. Auch geht es dort häufig nur um CO<sub>2</sub>-Vermeidung, während Hitzestress nur in einigen Plänen erwähnt wird. Da solche Pläne aber nur Empfehlungen aussprechen und keine rechtsverbindlichen Maßnahmen enthalten, bleibt außerdem unklar, welche Wirkung sie in der Praxis haben. Insgesamt werden hitzebezogene Gesundheitsprobleme in Deutschland von Politik und Verwaltung immer noch unterschätzt.

### Links

- ▶ (1) [www.who.int/globalchange/publications/heatwaves-health-guidance/en](http://www.who.int/globalchange/publications/heatwaves-health-guidance/en)
- ▶ (2) [www.die-erde.org/index.php/die-erde/article/view/49](http://www.die-erde.org/index.php/die-erde/article/view/49)
- ▶ (3) [www.berlin.de/polizei/aufgaben/verkehrssicherheit/verkehrsunfallstatistik](http://www.berlin.de/polizei/aufgaben/verkehrssicherheit/verkehrsunfallstatistik)
- ▶ (4) [www.ucahs.de](http://www.ucahs.de)

Britta Jänicke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet für Klimatologie an der Technischen Universität Berlin und forscht zu Stadtklima und Hitzestress.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 31471192  
E-Mail: [britta.jaenicke@tu-berlin.de](mailto:britta.jaenicke@tu-berlin.de)  
[www.klima.tu-berlin.de](http://www.klima.tu-berlin.de)

## Entwicklungspolitik

# Jetzt können wir uns nicht länger rausreden!

Warum die SDGs eine Handlungsanleitung für eine bessere Welt sein müssen

**Nun haben die UN die Sustainable Development Goals (SDGs), die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, beschlossen – ein Katalog mit 17 Zielen und 169 Unterzielen. Von Armuts- und Hungerbekämpfung über Umweltschutz bis zu Rechtsstaatlichkeit umfassen sie die wichtigsten Herausforderungen der Welt. Nach fast drei Jahren Verhandlungen bleiben die Fragen: Was bringen die Ziele? Und was haben sie mit uns zu tun? VON MARIE-LUISE ABSHAGEN, FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG**

Als die StaatenvertreterInnen und NGO-MitarbeiterInnen im Juni 2012 vom Rio+20-Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Brasilien zurückkamen, war wahrscheinlich kaum einem der TeilnehmerInnen klar, was sie dort losgetreten hatten. Zu groß die Ernüchterung über die wenigen, schwachen Ergebnisse, die der Gipfel erzielt hatte – und das, obwohl kein UN-Gipfel in der Vergangenheit so gut besucht war; es nahmen über 45.000 Menschen teil. Schon wenig später folgte auf die Ernüchterung dann aber die große Erkenntnis. Auf Initiative Kolumbiens und Guatemalas hatte es ein Vorschlag ins Abschlussdokument geschafft, der die Staatengemeinschaft bis 2030 beschäftigen soll: die Schaffung und anschließende Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Nach drei Jahren intensiver Arbeit und unter umfangreicher Beteiligung der weltweiten Zivilgesellschaft ist das Ergebnis nun einer der die meisten Themen übergreifenden Kataloge, den die UN seit ihrer Charta im Jahre 1945 verfasst haben.

Insbesondere das Bekenntnis zur Abschaffung von Armut und Hunger bis zum Jahr 2030 sticht hervor, hatten die Ende dieses Jahres auslaufenden Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) doch nur deren Halbierung angestrebt. Und auch sonst ist die Vielschichtigkeit des Zielkatalogs bemerkenswert. Das Mitdenken aller drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Ökologisches und Ökonomisches – ohne die Beschränkung auf rein entwicklungspolitische Ziele zeichnet ihn aus. Dadurch findet auch eine gesunde Umwelt als Grundvoraussetzung für Entwicklung die nötige Beachtung. Ebenso spielt die Gewährleistung von Frieden und

Sicherheit eine große Rolle – Ideale, die in der heutigen Welt voller Krisen, Konflikte und wachsendem Elend vergessen zu sein scheinen. Bemerkenswert ist auch die zentrale Bedingung, dass alle Staaten, nicht nur die Länder des globalen Südens, die Ziele umsetzen müssen.

Ab Oktober werden sich viele derer, die intensiv an den SDGs mitgearbeitet haben, neuen Aufgaben widmen. Denn mit ihrer Umsetzung sind im Zweifelsfall andere betraut. Und so kommt spätestens ab Januar 2016, wenn es um die Umsetzung geht, der Realitätscheck: Sind wir der Schaffung einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt näher gekommen, bloß weil wir sie um 17 Ziele und 169 Unterziele reicher gemacht haben?

### SDGs: Mehrwert oder Beschäftigungstherapie?

Man kann die SDGs als Zeitverschwendung, die unnötig Ressourcen bindet, total ablehnen, als Beschäftigungsmöglichkeit für Beamte, „Berufs-NGOlerInnen“ und all jene, die praktisch im New Yorker UN-Gebäude wohnen, als Ablenkungsmanöver, damit man sich nicht mit den brennenden Themen beschäftigt, nicht in Kohlegruben klettert, sich an Bäume kettet oder gegen Ungerechtigkeiten in der Tagespolitik demonstriert. Ziele hatten wir schon viele. Nicht zuletzt gab es die Agenda 21, die nach der ersten Rio-Konferenz für nachhaltige Entwicklung im Jahr 1992 Ziele umfasste, die sich ebenfalls mit nachhaltiger Entwicklung – insbesondere auch auf lokaler Ebene – befassten. Umgesetzt wurde davon nur wenig.

Viele VertreterInnen aus der Zivilgesellschaft kritisieren an den SDGs, dass

vor allem die Verankerung von Rechten nicht umfassend erfolgt ist. So bleibt der letzte Schritt, wie beispielsweise ein Recht auf Ressourcen, auch in dem Katalog der SDGs ungeklärt. Zudem wird nicht vom Wachstum als primärem Faktor zur Entwicklung Abstand genommen. Das größte Manko der SDGs aber könnte sein, dass ihre Umsetzung völlig freiwillig ist. Es gibt keinen verbindlichen Vertrag, keine Sanktionen bei Nichteinhaltung und keine Blauhelmission, wenn 2030 noch immer Hunger und Armut existieren.

Kritik ist legitim und wichtig, damit wir uns nicht einlullen lassen von Pseudopolitikprozessen, die von den wirklich wichtigen Dingen ablenken. Aber auch wenn sie nicht perfekt sind, bieten die SDGs die Chance, einen echten Unterschied zu machen. Man kann – und sollte – sie als Messlatte nutzen, als Zielmarke, wie wir die Welt in den nächsten 15 Jahren *mindestens* verändern wollen. Allein die Schaffung der SDGs ist ein Schritt in die richtige Richtung. Weltweit mussten sich Politiker mit Themenfeldern auseinandersetzen, die in ihren Regierungen kaum eine Rolle spielen – und hier geht es nicht um vermeintlich entwicklungsbedürftige Länder aus dem globalen Süden, sondern zum Beispiel um Großbritannien. Seine derzeitige politische Führung betrachtet Umweltpolitik als zweitrangig, konnte diese aber aufgrund des Widerstands eben jener Gruppe der Entwicklungsländer (G77) nicht aus den SDGs ausschließen. MitarbeiterInnen von NGOs wurden zu den Verhandlungen als ExpertInnen geladen und ihre Meinung tatsächlich umfassend berücksichtigt. Für die Notwendigkeit einer wirklich nachhaltigen Entwicklung, die ökologische, soziale

und ökonomische Aspekte berücksichtigt, wurde ein Konsens gefunden. Dazu gehören auch das Verständnis von globalen Wechselwirkungen und Abhängigkeiten sowie die Erkenntnis, dass eine Umkehr der derzeitigen Politik auch in Ländern des globalen Nordens – wie Deutschland – notwendig ist.

### Die Umsetzung ist die eigentliche Schwierigkeit

Der wirklich komplizierte Teil fängt jetzt natürlich erst an. Denn die SDGs sind nur so stark wie ihre Umsetzung, die konkreten Handlungen, die sich aus den Zielvorstellungen ergeben und der Wille aller Staaten, die Ziele – entsprechend der großen Herausforderungen der Menschheit – bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

Immerhin: Die SDGs existieren nicht im luftleeren Raum. Schon im Zielkatalog sind zahlreiche Umsetzungsmechanismen aufgeführt, die Handlungsfelder für die SDGs benennen. Des Weiteren sollen bis März 2016 Indikatoren erarbeitet werden, um die Messbarkeit der SDGs sicherzustellen. Begleitet wird deren Formulierung von einer intensiven Debatte über die Erfassung von Daten beispielsweise in Ländern mit wenig ausgeprägten Staatsstrukturen. Mechanismen zur Prüfung und Dokumentation der Umsetzung werden in den nächsten zwei Jahren noch ausgearbeitet – idealerweise auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Und schließlich gab es schon im Juli 2015 eine Konferenz, die sich mit der Finanzierung von Entwicklung und unter anderem auch der SDGs befasste. Wie immer ist die Frage des Geldes einer der schwierigsten Aspekte. Die Diskussion darüber geht aber weiter.

### SDGs als Gegenpol zum Ellenbogensystem

Die SDGs haben ein Potenzial, das es zu nutzen gilt. Natürlich muss man skeptisch bleiben. In der politischen Realität, in der wir uns befinden, ist das Recht des Stärkeren tief verinnerlicht und es gibt nur wenige Sympathien für Schwächere. Das sieht man derzeit an der Griechenlandpolitik der EU und insbesondere Deutschlands,

das ist die Quintessenz der Unternehmenspraktiken in vielen Branchen, vom Rohstoffsektor über die Textilverarbeitung bis hin zur Agrarwirtschaft. Und das ist wohl tief im Herzen eines jeden – mit Verlaub widerwärtigen – Menschen verankert, der Flüchtlingsheime in Brand setzt.

Mit der Ausarbeitung der SDGs ist nun der erste Schritt getan. Jetzt muss die Umsetzung mindestens genauso ambitioniert vorangetrieben werden. Das bedeutet auch, dass Deutschland, die Bundesregierung und wir als Bürgerinnen und Bürger uns an die Arbeit machen müssen. Wichtig ist hierbei, dass es auch um die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland geht. Das heißt, dass wir allen voran Armut global, aber auch in Deutschland, bekämpfen müssen und dass wir Naturschutz in Deutschland eine größere Priorität einräumen, weltweit aber auch nicht wie bisher zur Zerstörung der Umwelt beitragen dürfen. Genauso müssen wir die Auswirkungen der Agrarpolitik in Europa auf die Länder des globalen Südens und die Schaffung nachhaltiger Landwirtschaft in Deutschland berücksichtigen. In fast jedem SDG steckt somit eine Handlungsanweisung für uns als Teil der globalisierten Welt und ebenso für eine gerechtere Gesellschaft bei uns zu Hause. Die Bundesregierung hat sich intensiv für die Schaffung der SDGs eingesetzt. Ihr Engagement darf jetzt nicht in einer schwachen Umsetzungs politik münden, die sich auf wenige, leicht erreichbare Aspekte der SDGs konzentriert und sich bei vielen Themen auf dem angeblich schon guten Zustand innerhalb von Deutschland ausruht. Diese Gefahr besteht beispielsweise bei allen SDGs, die eine Umstrukturierung deutscher Sozialpolitik zur Folge hätten, ebenso wie die Frage nach Regulierungen von Unternehmen für Umwelt- und Sozialstandards. Vor allem aber betrifft das jene SDGs, welche die Ursprünge des Wohlstands der deutschen Gesellschaft hinterfragen könnten.

### Wir müssen handeln!

Auch für uns als Bürgerinnen und Bürger, als Menschen in Deutschland und auf der Welt heißt das, dass wir uns nicht länger

untätig hinter Unwissenheit verstecken können. Denn wir wissen doch schon längst, was zu tun ist. Mit den SDGs haben wir es jetzt nicht nur schwarz auf weiß, sondern mit Bedienungsanleitung. Dazu gehört an erster Stelle, dass wir hinterfragen müssen, ob wir wirklich in einer Welt leben wollen, in der das Leben eines Menschen aus Europa scheinbar mehr wert ist als das eines Menschen in Afrika. In der wir unseren Konsumgelüsten ohne nachzudenken folgen können, obwohl wir ganz genau wissen, unter welchen menschenunwürdigen Bedingungen die Produkte hergestellt wurden. In der wir es als selbstverständlich ansehen, zu den drei bis sieben Prozent der Erdbevölkerung zu gehören, die regelmäßig fliegen, obwohl in vielen Regionen der Welt die Menschen unter klimawandelinduzierter Dürre, Überflutung oder dem Verlust ihres Lebensraums leiden.

Natürlich ist es schwer, diese Privilegien aufzugeben oder wenigstens einzuschränken. Vieles, aber nicht alles, muss vom Einzelnen getragen werden. Die SDGs sind deswegen auch ein Bedingungskatalog, den wir unseren Regierungen – allen voran der in den Verhandlungen stark involvierten Bundesregierung – stellen müssen. Der Katalog gibt klare Referenzen für Forderungen nach Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen, für eine andere, nachhaltige Landwirtschaft, einen gerechten Umgang mit sozial Schwachen – auch bei uns –, für den Zugang zu Bildung und Gesundheitssystemen für alle, für Umweltschutz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden. Die SDGs können und müssen ein Instrument werden, mit dem wir zur Verantwortung ziehen. Die Regierungen ebenso wie uns selbst.

Marie-Luise Abshagen ist Referentin für die Post-2015-Agenda beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 /  
678177575,  
E-Mail: abshagen@  
forumue.de,  
www.forumue.de



## Divestment

# Kein Geld mehr für den Klimawandel

Nur wenn keine fossilen Energieträger mehr finanziert werden, ist der Planet Erde noch zu retten

**Divestment bedeutet im Grunde das Gegenteil von Investment. Also anstatt in klimaschädliche, unökologische und unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdige fossile Rohstoffe zu investieren, werden vermögende Institutionen dazu aufgefordert, ihre Gelder abzuziehen und nachhaltig anzulegen. In Deutschland gehen zum Beispiel Berlin und Münster als Vorbilder voran. ■ VON ISABELL EBERLEIN, FOSSIL FREE BERLIN**

„Es ist keine Investition, wenn es den Planeten zerstört“, sagt die indische Umweltaktivistin Vandana Shiva und bezieht sich auf die Umweltzerstörung durch Investitionen in die fossile Brennstoffindustrie, also in Kohle, Öl und Gas. So sieht es auch Bill McKibben, der 2008 die amerikanische Umweltorganisation 350.org gründete. 350, das steht für 350 ppm (parts per million = Teile von einer Million) CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre. Dieser Schwellenwert gilt als relativ sicher, um die Lebensbedingungen auf dem Planeten Erde in erträglichen Bedingungen zu erhalten. Dieses Jahr wurde im März die 400-ppm-Marke überschritten. Aber was tun, wenn Menschen realisieren, dass es nicht reicht die Glühbirne zu tauschen, kürzer zu duschen und mit dem Fahrrad ins Büro zu fahren. Die Lösung des Problems eines voranschreitenden Klimawandels liegt nicht bei individuellen Verhaltensänderungen allein, es geht um das große Ganze.

Die Kohle-, Öl- und Gasindustrie pustet so viel CO<sub>2</sub> in die Luft wie keine andere und muss für die von ihr verursachte Umweltzerstörung nicht aufkommen, da Luft- und Umweltkosten externalisiert sind und von der Allgemeinheit, also von uns, getragen werden. Wie kann man nun dieser Industrie das Handwerk legen? Indem man ihr die Kohle, also das Geld, abgräbt. Denn die großen Energieunternehmen unserer Zeit sind abhängig von Banken, Krediten, Aktionären und Investoren. Wir brauchen also einen gesellschaftlichen Wandel, der dieser Industrie die soziale Lizenz und Legitimation entzieht. Ein Weg dorthin ist Divestment.

„Wenn es falsch ist, das Klima zu zerstören, dann ist es falsch, von dieser Zerstö-

rung zu profitieren“, behauptet Bill McKibben. Was bedeutet Divestment? Einfach gesagt, beschreibt Divestment das Gegenteil von Investment. Vermögende Institutionen werden also dazu aufgefordert, anstatt das Geld in klimaschädliche, unökologische und unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdige fossile Rohstoffe zu investieren, ihre Gelder abzuziehen und nachhaltig anzulegen. Divestment richtet sich sowohl an öffentliche Institutionen wie Kirchen, Städte, Universitäten oder Rentenfonds als auch an privat vermögende Stiftungen. Diese investieren entweder direkt oder indirekt über sogenannte Klimakillerbanken – Banken, die mit ihren Investitionen das Klima zerstören – in Unternehmen wie RWE, Shell und Gazprom. Wenn weiter investiert wird wie bisher, drohen katastrophale Folgen für Natur und Gesellschaft.

## Divestment gegen Apartheid in Südafrika

Der Ursprung der Divestment- oder Fossil-Free-Kampagne liegt in den Universitäten der USA. Kritische Studenten setzten sich mit den Investitionsstrategien ihrer Bildungsstätten auseinander und fanden Investitionen in die Top 200 der Kohle-, Öl- und Gasunternehmen. Ein Erfolgsbeispiel ist die Stanford-Universität, die nun nicht länger in Kohleunternehmen investiert. Neben Kampagnen gegen Tabak begann an den Universitäten in den 1960er-Jahren eine andere erfolgreiche Divestmentkampagne, die sich gegen das Apartheidregime in Südafrika richtete. Bis Mitte der 80er-Jahre hatten 155 Universitäten in den USA ihr Vermögen aus Unternehmen abgezogen, die in Südafrika wirtschafteten. Die Regierungen von 26 Bundesstaaten, 22

Landkreisen und 90 Städten, darunter einige der größten im Land, desinvestierten ihr Vermögen aus den multinationalen Unternehmen. Die südafrikanische Divestmentkampagne trug wesentlich dazu bei, dem Apartheidregime das Rückgrat zu brechen und Platz für eine Ära der Demokratie und Gleichberechtigung zu machen.

## Wer muss desinvestieren?

Heute liegt der Schwerpunkt auf Kohle, Öl und Gas. Divestmentkampagnen gibt es bisher in 16 Ländern, darunter die USA, Australien, Großbritannien, Niederlande, Philippinen und Indien. 349 Institutionen haben sich bereits zu Divestment verpflichtet. Wenn neben öffentlichen Institutionen, die dem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt sind, private Akteure das Ruder umreißen, wird deutlich, dass sich die Zeichen der Zeit ändern. Ein berühmtes Divestmentbeispiel ist die Rockefeller-Stiftung. Gründer John D. Rockefeller gelangte einst durch Öl zu Reichtum und nun beschließen seine Erben, dass die Investition in Öl weder ethisch vertretbar noch finanziell gewinnbringend ist und verabschieden sich aus der Branche.

Rentenfonds verdeutlichen eindrücklich, dass eine moralische Verpflichtung gegenüber der nachfolgenden Generation besteht und wir alle dafür sorgen müssen, unseren Lebensraum Erde in einem erträglichen Zustand zu hinterlassen. Was passiert, wenn Rentennehmer mit der Sicherung ihres Ruhestands nicht die Industrie der Vergangenheit unterstützen wollen? In Norwegen beschloss der staatliche Rentenfonds (oft auch Ölfonds genannt) nach öffentlichem Druck, seine acht Milliarden US-Dollar aus der

Kohle produzierenden und verbrennenden Industrie abzuziehen, also zu desinvestieren. Darunter sind auch Anteile von deutschen Energieriesen wie Eon und RWE. Dieser Schritt markiert die historische Einmaligkeit, dass das Zeitalter der Kohle auch in finanzieller Hinsicht zu Ende geht. Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel nicht überschreiten wollen, müssen 80 Prozent der fossilen Brennstoffe unter der Erde bleiben. Das heißt, die Kohle-, Öl- und Gasunternehmen dürften schon jetzt nur noch ein Fünftel ihrer bisherigen Reserven verbrennen. Doch bisher findet kein Umdenken statt und die Konzerne geben mehr Geld für die Ausschöpfung und Erschließung neuer Quellen aus als für Alternativen. Wenn das Zwei-Grad-Ziel konsequent politisch durchgesetzt wird, werden 80 Prozent der an den Aktienmärkten gelisteten Anlagen in Kohle, Öl und Gas wertlos und gelten als sogenannte gestrandete Vermögenswerte. Momentan findet also eine Überschätzung der Energiekonzerne statt und es entsteht an den Aktienmärkten eine sogenannte Kohlenstoffblase. Diese Blase bedeutet eine Überschätzung der Gewinnträchtigkeit eines Unternehmens, und wenn diese anfängt zu platzen, werden alle davon betroffen sein. Denn die Kommunen, Städte und Kirchen halten alle Anteile an Kohle-, Öl- und Gasunternehmen.

### Initiativen in deutschen Städten

In Deutschland gibt es mittlerweile Divestmentkampagnen in 18 Städten, darunter Berlin und Münster, und die Bewegung wächst. Auch an deutschen Universitäten werden Stiftungsvermögen und Finanzanlagen in Millionenhöhe verwaltet. Fossil-Free-Gruppen gibt es unter anderem an den Universitäten in Freiburg, Heidelberg, Münster, Bayreuth, Tübingen. Außerdem gibt es eine Kampagne, die die Berliner Ärztesversorgung auffordert zu desinvestieren, und auch im kirchlichen Bereich nimmt das Thema Form an. Große deutsche Anleger wie die Deutsche Bank und die Allianz geraten immer mehr in den Fokus und bekommen öffentlichen Druck zu spüren. So zog die Deutsche Bank ihre geplanten Projektinvestitionen in den Kohlehafen von Abbot Point am Großen Barriereriff (Great Barrier Reef) nach

öffentlichem Druck zurück.

Die „Fossil Free Berlin“-Gruppe fordert das Land Berlin auf, seine zehn Millionen Euro, die es anteilmäßig an den Top 200-Kohle, Öl- und Gasunternehmen, darunter RWE, Total und BASF hat, zu desinvestieren. Fossil Free Berlin hat den Berliner Senat und Regierenden Bürgermeister Michael Müller in einem offenen Brief aufgefordert, klimaschädliche Investitionen bis 2020 zu stoppen und auch in Zukunft auszuschließen – für einen konsequenten und den Finanzsektor umfassenden Klimaschutz. Bisher zeigt sich der Regierende Bürgermeister nicht zu einem Gespräch bereit, obwohl er selbst die Klimaneutralität bis 2050 fordert. Berlin kann noch die erste Hauptstadt werden, die ganz aus der Kohle, Öl- und Gasindustrie finanziell aussteigt.

### Divestment und die Anti-Kohle-Bewegung

Die Divestmentbewegung in Deutschland kooperiert eng mit der Anti-Kohle-Bewegung. Am 15. August nahmen mehrere Divestmentgruppen aus Deutschland, Schweden, Großbritannien und den Niederlanden an der Besetzung des Tagebaus Garzweiler unter Federführung des Aktionsbündnisses „Ende Gelände“ teil. Divestment versteht sich auch als übergeordnetes Modell, verschiedene Gruppen zu vernetzen und über institutionelle Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Divestment soll eine neue Möglichkeit sein, Individuen, lose und etablierte Gruppen und Organisationen zusammenzubringen und gegen den Klimawandel, Natur- und Umweltzerstörung zu mobilisieren. Wir arbeiten schließlich an keiner geringeren Aufgabe als dem Umsturz der Kohle-, Öl- und Gasindustrie und dafür brauchen wir alle.

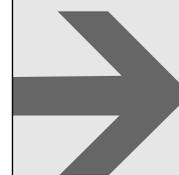
Isabell Eberlein studiert Environmental Policy und Planning an der FU und TU Berlin und ist Mitglied der Gruppe Fossil Free Berlin.

Kontakt:  
E-Mail: [eberlein.isabell@gmail.com](mailto:eberlein.isabell@gmail.com),  
[www.fossilfreeberlin.org](http://www.fossilfreeberlin.org),  
[www.350.org](http://www.350.org)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## K wie Kommunikationshilfe

Umwelttechnologien können in Entwicklungs- und Schwellenländern eine große positive Wirkung entfalten. Doch wie lässt sich sicherstellen, dass die Technologie kontinuierlich genutzt wird und nicht als totes Kapital herumsteht oder bestenfalls als (teures) Ersatzteillager für andere Zwecke dient? Dieses Buch ist eine Kommunikationshilfe für Anwender und Entwickler für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

F. Wagner  
**Technologie-Mediation**  
Vermittlung zwischen Entwicklern und Nutzern im internationalen Transfer von Umwelttechnologien

290 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-751-8

Beziehbar im Buchhandel oder versandkostenfrei bestellbar innerhalb Deutschlands unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Herstellerverantwortung**Unzureichend umgesetzt**

■ Die Europäische Union muss dringend die Hersteller bei der Verwertung von Haushaltsabfällen stärker in die Pflicht nehmen. Nur 18 Prozent des Produktabfalls werden in der EU in einem System der sogenannten Herstellerverantwortung gesammelt, zeigt eine Studie des NGO-Bündnisses Zero Waste Europe vom Juli.

Bei der Herstellerverantwortung sind die Unternehmer dazu angehalten, nicht nur für die Entsorgung des Produktes Verantwortung zu übernehmen, sondern dass eine schadlose und möglichst einfache Entsorgung angefangen beim Produktdesign möglich ist. Die aktuelle Umsetzung der Herstellerverantwortung in den 15 untersuchten EU-Ländern sei nicht ausreichend, um den Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft in der EU bewerkstelligen zu können, urteilen die ForscherInnen. Deshalb müsse das Kreislaufwirtschaftspaket der EU-Kommission, das Ende des Jahres kommen soll, die Herstellerverantwortung mehr berücksichtigen.

Beispielsweise könnte die Kommission mehr ökonomische Instrumente einsetzen, wie höhere Entsorgungskosten, Steuern für Rohstoffe und Bestimmungen für Recyclinganteile in Verpackungen und anderen Produkten. Bisher deckt die Herstellerverantwortung auf EU-Ebene die Bereiche Verpackungen, Elektronik, Batterien und Altfahrzeuge ab. Diese könnte auf mehr Bereiche wie gefährliche Abfälle, Textilien oder Möbel ausgeweitet werden. [es]

► [www.kurzlink.de/zerowaste-EPR-study](http://www.kurzlink.de/zerowaste-EPR-study)

Elektroschrott**Probleme beim Recyceln**

■ Im Jahr 2012 landete in der EU nur ein Drittel des anfallenden Elektroschrotts bei den offiziellen Sammelsystemen. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der EU-

finanzierte CWIT-Verbund im September veröffentlicht hat. Zwischen September 2013 und August 2015 wurden in der Studie Countering WEEE Illegal Trade Lücken in der aktuellen EU-Elektroschrottgesetzgebung untersucht, mit dem Ziel, Daten über den illegalen Handel mit Elektroschrott zu gewinnen. An der Untersuchung beteiligten sich die internationale Polizeiorganisation Interpol und mehrere UN-Unterorganisationen.

Laut Studie wurden zwei Drittel des anfallenden Elektroschrotts unsachgemäß entsorgt. Davon wurde ein Viertel undokumentiert aus der EU exportiert, die Hälfte anderweitig illegal in Europa entsorgt. Elektroschrott enthält oft gefährliche Substanzen wie Quecksilber und Kadmium. Diese Stoffe landen dann häufig in Ländern des globalen Südens und führen dort zu Gesundheitsproblemen und Umweltverschmutzung. Zudem weisen die AutorInnen darauf hin, dass der EU wertvolle Rohstoffe wie Seltene Erden verloren gingen.

VerbraucherInnen sollten besser über Entsorgungsmöglichkeiten informiert werden. RichterInnen und StaatsanwältInnen müssen laut Studie besser ausgebildet werden, um auf die Missstände konsequent reagieren zu können. [mk]

► [www.kurzlink.de/cwit-WEEE-study](http://www.kurzlink.de/cwit-WEEE-study)

Kreislaufwirtschaft**Drei Millionen zusätzliche Jobs?**

■ Die britische Ressourceneffizienz-NGO WRAP hat festgestellt, dass ein ambitioniertes Kreislaufwirtschaftspaket das Wachstum von Arbeitsplätzen in der europäischen Wirtschaft bis 2030 erhöhen könnte.

In der Anfang September veröffentlichten Studie geben die WissenschaftlerInnen einen Zuwachs von drei Millionen Jobs sowie eine Minderung der Arbeitslosigkeit um 520.000 Stellen in der EU an. Dazu müsse die Kommission eine Recyclingquote von 34 Prozent und eine 50-prozentige Wiedernutzbarmachung von Produkten

anstreben. Ohne ein ehrgeiziges Paket läge der Arbeitsplatzwachstum nur bei 1,2 Millionen Jobs und die Arbeitslosigkeit würde um lediglich 250.000 Stellen schwinden. Das Potenzial sei in allen Mitgliedsländern zu sehen und insbesondere für Jobs in der Mittelschicht, ergänzt die NGO.

Der neue Vorschlag zum Kreislaufwirtschaftspaket der EU-Kommission soll Ende dieses Jahres kommen. Umweltorganisationen und die Industrie fordern die Kommission auf, sich an ihr Versprechen zu halten, ein ambitioniertes Paket vorzulegen. [es]

► Studie von WRAP:

[www.endseurope.com/docs/150909a.doc](http://www.endseurope.com/docs/150909a.doc)

► Positionspapier vom europäischen Biogasverband:  
[www.kurzlink.de/EBA-CE-position](http://www.kurzlink.de/EBA-CE-position)

Endokrine Disruptoren**EU-Kriterien akzeptiert**

■ Die EU-Kommission hat im Sommer erste Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur Einstufung hormonell wirksamer Chemikalien gezeigt. NGOs befürworteten einen gefahrenbasierten Ansatz.

Über 27.000 Antworten von unterschiedlichsten Interessengruppen aus Gesellschaft und Industrie erhielt die Kommission zu der Konsultation, die im Januar endete. Die Mehrheit der Beteiligten befürwortete, die Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Ausgangspunkt für die Kriteriensetzung für endokrine Disruptoren (EDC) zu verwenden.

Zu den Punkten, ab wann ein Stoff als EDC gilt und wie genau er reguliert werden soll, gab es jedoch auseinandergehende Meinungen. Landwirte, private Firmen sowie Industrieinteressengruppen unterstützen einen risikobasierten Ansatz. Dieser würde Stoffe, die potenziell als hormonell wirksam gesehen werden, aus der Definition ausschließen und damit nicht die gesamten wissenschaftlichen Erkenntnisse als Grundlage nehmen.

Dies kritisieren viele PrivatteilnehmerInnen und NGOs als unzureichend.

Ein gefahrenbasierter Ansatz sei besser geeignet, um die potenziell schädigenden Eigenschaften eines Stoffes wissenschaftlich nachweisen oder widerlegen zu können, heißt es beim Pestizid Aktions-Netzwerk Europa (PAN).

Die Kommission formulierte in dem Bericht keine eigene Schlussfolgerung. Sie wartet noch auf die Ergebnisse der Folgenabschätzung, die Ende des Jahres kommen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EC-EDC-criteria-repo](http://www.kurzlink.de/EC-EDC-criteria-repo)
- ▶ [www.pan-europe.info/News/PR/150630.html](http://www.pan-europe.info/News/PR/150630.html)

### Chemie in Textilien

## Giftfreie Kleidung gewünscht

■ Der Rat der Europäischen Union hat sich Ende Juli einstimmig darauf geeinigt, die giftige Substanz Nonylphenoethoxyolat (NPE) in Textilien zu verbieten. Dadurch wollen die EU-Mitgliedstaaten besonders im Wasser lebende Arten schützen.

Zwar hat die EU die Chemikalie bereits vor zehn Jahren in der Produktion sowie dem Import von Textilien verboten, NPE gelangt allerdings weiterhin in die Umwelt und reichert sich besonders im Meer an. Greenpeace hat in einer Studie in zwei Dritteln der untersuchten Kleidung NPE gefunden. Besonders bei den ersten

Waschgängen wird der Stoff freigesetzt. Obwohl die festgestellte Konzentration von NPE gering war, ist die Gefahr durch die Chemikalie nicht zu unterschätzen. Die hormonverändernde Wirkung beeinflusst bei Fischen das Wachstum und schränkt ihre Fruchtbarkeit ein.

Der Rat legt nun in dem neuen Verbot striktere Konzentrationen von 0,01 Prozent fest. Im August wurde die Regelung bereits in das Chemikalienregister REACH aufgenommen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EC-NPE-Verbot-Annex](http://www.kurzlink.de/EC-NPE-Verbot-Annex)

### Nanotechnologie

## Nanopartikel in Lebensmitteln weit verbreitet

■ Die Lebensmittelbehörde der Europäischen Union (EFSA) hat eine Bestandsaufnahme über Nanomaterialien in Lebens- und Futtermitteln durchgeführt. Die erstellte Datenbank enthält 633 Einträge und listet 55 verschiedene Nanomaterialien aus 12 unterschiedlichen Anwendungsbereichen auf.

Für die Zukunft sei zu erwarten, dass vor allem Anwendungen von organischen Verkapselungs- und Trägersystemen für Vitamine und Nährstoffe sowie zur Ein-

kapselung von Pestiziden und Düngemitteln zunehmen werden. Weitere absehbare Anwendungsbereiche sind etwa Absorptionsmittel in Nanogröße in Futtermitteln zur Entfernung von Krankheitserregern und Schimmelpilzgiften. [Quelle: uwd, es]

- ▶ [www.kurzlink.de/Nanoinfoportal](http://www.kurzlink.de/Nanoinfoportal)

### Glyphosat

## Herbizid gilt nun auch als erbgutverändernd

■ Das weltweit am meisten eingesetzte Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat ist laut der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) nicht nur „wahrscheinlich krebserregend“, sondern verändert auch das Erbgut. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) muss die Marktzulassung für Glyphosat nun neu untersuchen.

Die WissenschaftlerInnen der IARC haben ihren vollständigen Bericht im August veröffentlicht und begründen ausführlich ihr Urteil vom März (umwelt aktuell 05/2015, S. 8). Aufgrund der neuen Erkenntnis des erbgutverändernden Potenzials des Stoffes, können die Wissen-

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## P wie Perspektiven

Der Klimawandel ist da! Was können wir tun? Diese Frage richten die Journalistin Anja Paumen und der Biologe Jan-Heiner Küpper in sieben Interviews an herausragende Experten aus dem deutschsprachigen Raum – darunter Hartmut Graßl, Ernst Ulrich von Weizsäcker und Hans-Werner Sinn. Im Anschluss daran fassen sie die Kernaussagen zusammen, stellen diese in einen erweiterten Zusammenhang und formulieren sieben Handlungsempfehlungen für alle, die den Klimawandel auch als Chance begreifen.

**A. Paumen, J.-H. Küpper**  
**It's the Planet, Stupid!**  
 Sieben Perspektiven zum Klimawandel  
 304 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-739-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## V wie Vordenker

Die ökologische Krise manifestiert sich weltweit in Gestalt des Klimawandels und schwindender Ressourcen. Welche Antworten und globalen Reaktionen sind notwendig und angemessen? Carsten Kaven vergleicht dazu die Positionen der einflussreichen Vordenker Elmar Altvater, Martin Jänicke, Chandran Nair und Jeremy Rifkin und bietet damit eine fundierte Übersicht zu den Chancen und Herausforderungen einer sozial-ökologischen Transformation.

C. Kaven

### Transformation des Kapitalismus oder grüne Marktwirtschaft?

Pfade zur Nachhaltigkeit bei Altvater, Jänicke, Nair und Rifkin  
210 Seiten, broschiert, 22,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-750-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

schaftlerInnen keinen für die Gesundheit unbedenklichen Grenzwert festlegen. Der Mensch sollte am besten gar nicht mit Glyphosat in Berührung kommen.

Die EFSA gab bekannt, dass sie die Ergebnisse der IARC bei der Begutachtung des Berichts des Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR) berücksichtigen werde. Das BfR arbeitet für die EU und ist zuständig für die Neuzulassung von Glyphosat. Es hatte das Herbizid als nicht krebserregend bezeichnet.

Umweltverbände wie der NABU und der BUND fordern ein sofortiges Verbot von Glyphosat. „Es ist unverantwortlich, Glyphosat weiter als unbedenklich einzustufen. Das Bewertungsdossier des BfR kann nicht als Grundlage für das weitere Verfahren um Glyphosat dienen und muss zurückgezogen werden. Außer möglichen gesundheitlichen Risiken ist zweifelsohne belegt, dass Glyphosat zum weiteren Rückgang der Artenvielfalt beiträgt und zahlreiche Boden- und Wasserorganismen schädigt“, sagte der Pestizidexperte Tomas Brückmann des BUND. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/IARC-Glyphosat-Report](http://www.kurzlink.de/IARC-Glyphosat-Report)
- ▶ [www.efsa.europa.eu/en/press/news/150730.htm](http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/150730.htm)
- ▶ [www.kurzlink.de/BUND-Glyphosat-Krebs](http://www.kurzlink.de/BUND-Glyphosat-Krebs)

## REACH

### Zu nachlässige Registrierung

■ Über die Hälfte der Unternehmensanträge für wirtschaftlich wichtige Chemikalien enthalten keine Daten, die ausreichen würden, um mögliche Risiken für Mensch und Umwelt zu bewerten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Bundesumweltamts (UBA) und des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR).

58 Prozent der 1.814 geprüften Anträge für die Registrierung beim EU-Chemikalienregister REACH für wirtschaftlich wichtige Chemikalien erfüllen mindestens eine von sieben Anforderungen nicht, 27 Prozent sogar zwei oder mehr. Zu diesen Anforderungen zählen Informationen zum Abbau in der Umwelt oder zu Auswirkungen auf die Fortpflanzungsfähigkeit.

Wenn Unternehmen eine Chemikalie auf den Markt bringen wollen, müssen sie für die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) ein Registrierungsdossier mit wichtigen Informationen erstellen. Fünf Prozent davon überprüft die ECHA auf Vollständigkeit. Zu wenig, findet Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA: „Die ECHA benötigt zusätzliche Ressourcen für die Prüfung der Registrierungen. Die Situation wird sich nur verbessern, wenn ausreichend Dossiers geprüft und unzureichende Registrierungen nicht akzeptiert werden.“ [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/UBA-REACH-Unternehmen](http://www.kurzlink.de/UBA-REACH-Unternehmen)

## Gefährliche Chemikalien

### EU-Gerichtshof stärkt Regeln

■ Handel und Industrie müssen künftig besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC) für jeden Bestandteil eines Produktes ausweisen. Das beschloss der Gerichtshof der EU im September und verschärft damit die Auslegung der Chemikalienverordnung REACH.

In REACH ist geregelt, dass der Anteil von SVHC in einem Produkt nicht mehr als 0,1 Prozent betragen darf. Uneinigkeit bestand darin, ob der Prozentsatz für das gesamte Produkt gilt oder auch für einzelne Bestandteile eines Produktes angewendet werden kann. Zwei französische Industriegruppen sind mit dieser Frage im Februar vor den europäischen Gerichtshof gezogen (umwelt aktuell 03/15, S. 10).

Der Gerichtshof entschied sich für den von Frankreich und Deutschland vertretenen Ansatz, dass eine Informationspflicht für jeden Bestandteil eines komplexen Produktes gilt, und spricht sich damit gegen die Meinung der EU-Kommission aus. Dies gilt ebenso für außereuropäische Importeure von Produkten.

VertreterInnen der Industrie verlangen nun ein Moratorium für die Inkraftsetzung der Informationspflicht für die SVHC. Die EU-Kommission solle prüfen, ob diese für die Industrie nicht zu viele Kosten verursachen würden, sagte der Industrieverband EuroCommerce. Die Umweltorganisation

ClientEarth befürwortete hingegen das Urteil. Mensch und Umwelt werden besser geschützt, wenn mehr Informationen über die Nutzung von Giftstoffen beispielsweise in Spielzeugen, Flaschen und Fahrrädern bereitgestellt werden müssen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EUGH-Urteil-SVHC](http://www.kurzlink.de/EUGH-Urteil-SVHC)
- ▶ [www.clientearth.org](http://www.clientearth.org)

## Schädlingsbekämpfung

### 99 Biozidprodukte genehmigt

■ Seit September dürfen Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten keine biozidhaltigen Produkte mehr verkaufen, die nicht von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) genehmigt worden sind. Auf Grundlage der Verordnung für Biozidprodukte von 2012 hat die ECHA bisher 99 Produkte wieder für den Verkauf freigegeben. 56 weitere Anträge auf Zulassung stehen noch zur Prüfung aus.

Für jedes Produkt, das weiterhin verkauft werden soll, müssen die Unternehmen einen Antrag einreichen, der Informationen über dessen physikalische und chemische Eigenschaften, über den angedachten Gebrauch und die Auswirkungen und Giftigkeit für Menschen, Tiere und die Umwelt enthalten muss. Drei der Anträge auf Produktzulassung hat die Chemikalienagentur bereits abgelehnt.

Die Kommission plant zudem, eine Durchsetzungsbehörde für Biozide aus den verschiedenen Mitgliedstaaten, die sich zwei- bis viermal im Jahr treffen soll. Dies soll den nationalen Behörden die Möglichkeit geben, sich auszutauschen und Prioritäten zu diskutieren. [mp]

- ▶ [www.kurzlink.de/ECHA-99-Biozidprodukt](http://www.kurzlink.de/ECHA-99-Biozidprodukt)

## Lärmemissionen

### EU-Länder müssen neu messen

■ Die EU-Kommission hat den Anhang der Umweltlärmmrichtlinie erneuert. Mitgliedstaaten müssen ab 2018 bestimmte

Methoden anwenden, um die genauen Lärmemissionen von einzelnen Lärmquellen wie dem Luftverkehr oder Autotypen zu berechnen und daraus Lärmkarten zu erstellen. Aus diesen Ergebnissen sollen die Länder Aktionspläne erstellen, um Umgebungslärm zu vermeiden und zu verringern sowie gute Lärmbilanzen zu bewahren.

Die Kommission entwickelt darüber hinaus einen weiteren Anhang, um die Auswirkungen auf die Gesundheit bei überhöhtem Lärm zu beziffern. Derzeit sind 125 Millionen EuropäerInnen sehr starkem Lärm ausgesetzt, der die EU-Grenzwerte deutlich überschreitet. Die Kommission überprüft die Umweltlärmmrichtlinie derzeit auf ihre Effizienz und Wirksamkeit unter dem REFIT-Programm. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EU-Laermrichtlinie](http://www.kurzlink.de/EU-Laermrichtlinie)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

### Wilderei

### UN gegen illegalen Handel

■ Drei Jahre dauerten die Verhandlungen, Ende Juli haben die UN eine Resolution gegen illegalen Wildtierhandel verabschiedet. Auf der 69. UN-Vollversammlung in New York unterschrieben alle 193 Vertragsstaaten das Papier, das Deutschland und Gabun initiiert haben. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks bezeichnet den Beschluss als Meilenstein. Bindend ist er jedoch nicht.

Es ist ein klares Bekenntnis der Weltgemeinschaft, sich in Zukunft gemeinsam und verstärkt dem verbotenen Handel von Wildtieren und Wildtierprodukten entgegenzustellen. Ihr Hauptaugenmerk wollen die Länder dabei auf eine Verbesserung der Strafverfolgung, Reduzierung der Nachfrage nach illegalen Produkten sowie die bessere Einbindung von lokalen Gemeinschaften in den Kampf gegen die Wilderei richten. Der jeweils amtierende UN-Generalsekretär muss von nun an einen

jährlichen Lage- und Fortschrittsbericht vorlegen. Über die Ernennung eines UN-Sonderbeauftragten zu Wilderei und illegalem Artenhandel soll diskutiert werden.

Alein 2014 starben mehr als 20.000 Elefanten wegen ihrer Stoßzähne aus Elfenbein. In Südafrika wurden im vergangenen Jahr über 1.200 Nashörner getötet. In der organisierten Kriminalität steht der verbotene Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten nach Drogenhandel, Menschenhandel und Produktpiraterie schon an vierter Stelle. Mindestens 10 Milliarden US-Dollar werden dort jährlich umgesetzt. Hauptabsatzmärkte sind Asien und Nordamerika. [mp]

- ▶ [www.bmub.bund.de](http://www.bmub.bund.de)
- ▶ [www.wwf.de/2015/juli/vereinte-nationen-bekaempfen-wilderei/](http://www.wwf.de/2015/juli/vereinte-nationen-bekaempfen-wilderei/)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### UN-Klimakonferenz I

### Cañetes Ziele für Paris

■ Der EU-Kommissar für Energie und Klima Miguel Arias Cañete hat vier Bedingungen für die UN-Klimakonferenz Ende des Jahres formuliert. Mit Blick auf die Industrienationen müssten deren VertreterInnen einen besonders hohen Beitrag leisten, da ihnen eine große Verantwortung obliege. Zudem müssten sich alle Parteien dazu verpflichten, alle fünf Jahre Überprüfungen der Klimaschutzziele zuzulassen, um eventuell schärfere Ziele zu vereinbaren. Denn schließlich sei als dritte Bedingung das Langfristziel einer Erderwärmung von höchstens zwei Grad Celsius zu akzeptieren. Diese Schwelle dürfe nicht überschritten werden.

Die vierte Bedingung für einen Erfolg sieht der EU-Klimakommissar in der Verbindlichkeit der Ziele. Erst wenn sich

alle Staaten auf einen Vertrag einigen und dieser verpflichtend sei, kann laut Cañete eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres zu einem historischen Meilenstein werden.

Mit Blick auf Paris haben religiöse Gelehrte Mitte August auf dem Islamischen Klimawandelsymposium eine Erklärung abgegeben. 60 TeilnehmerInnen und Organisationen sprachen sich für die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen aus. Der Mensch habe das von Gott geschaffene Gleichgewicht gestört und müsse deshalb die Verantwortung dafür tragen. [mk]

- [www.kurzlink.de/canete-klima-08.15](http://www.kurzlink.de/canete-klima-08.15)
- [www.islamicclimatedeclaration.org/islamic-declaration-on-global-climate-change](http://www.islamicclimatedeclaration.org/islamic-declaration-on-global-climate-change)

#### UN-Klimakonferenz II

### Emissionsziele für Schifffahrt und Fluggesellschaften

■ Abgeordnete des Europäischen Parlaments wollen, dass bei der kommenden Klimakonferenz in Paris auch Emissionsziele für den internationalen Flug- und Schifffahrtsverkehr festgelegt werden. Mit dieser Forderung wandten sie sich Mitte September in einem Brief an die UmweltministerInnen der EU.

Laut dem EU-Umweltinformationsdienst ENDS Europe heißt es in dem Brief, Luft- und Schifffahrt zusammen seien für etwa acht Prozent der weltweiten Treibhausgase verantwortlich. Daher gebe es keinen Grund, sie weiterhin von internationalen Emissionsbestimmungen auszuschließen. Bisher gibt es nur in der EU, nicht aber auf internationaler Ebene Regelungen. Seit 2012 sind Flüge innerhalb der EU Teil des Emissionshandels und ab 2018 sollen Schiffe einer bestimmten Größe ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß überwachen. Die Internationale Civil Aviation Organization (ICAO) hat sich selbst zum Ziel gesetzt, ab 2020 emissionsneutral zu wachsen. Doch das sei nicht genug. In beiden Sektoren stocken die Gespräche über internationale Bestimmungen. [akm]

- [www.endseurope.com](http://www.endseurope.com) (15.9.2015)

#### Kyoto-Protokoll

### Die letzten 100 Tage laufen

■ Die UN-Rahmenkonvention zur Bekämpfung des Klimawandels (UNFCCC) hat im Sommer offiziell die letzten 100 Tage des Kyoto-Protokolls für Industriestaaten eingeläutet. 37 Industriestaaten plus die Europäische Union haben demnach noch bis zum 18. November Zeit, ihre Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Nach Ablauf der 100 Tage wird das Sekretariat zusätzlich eine umfassende Überprüfung der Umsetzung des Kyoto-Protokolls durchführen. Der Bericht wird 2016 veröffentlicht.

Das Kyoto-Protokoll wurde im Jahr 1997 verabschiedet und trat 2005 in Kraft. Es war das erste globale Klimaabkommen seiner Art. [lr]

- [www.kurzlink.de/unfccc-100tage](http://www.kurzlink.de/unfccc-100tage)

#### Klimaschutz

### Hü oder hott, Herr Obama?

■ Im August hat US-Präsident Barack Obama den Clean Power Plan für die USA vorgestellt. Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Kraftwerken bis 2030 um 32 Prozent gegenüber dem Basisjahr 2005 zu senken. Dieser Plan stellt für die USA einen historisch wichtigen Schritt dar, da die Politik zum Klimaschutz in den USA bisher nicht besonders ambitioniert war – besonders wenn man bedenkt, dass die USA nach China weltweit die meisten CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Hinzu kommt, dass nur etwas mehr als die Hälfte aller US-Amerikaner den Klimawandel als menschengemacht ansehen. Und das, obwohl es unter KlimawissenschaftlerInnen einen 97-prozentigen Konsens darüber gibt.

Der Gründer der Klimaschutzorganisation 350.org Bill McKibben kritisierte Präsident Obama. Trotz seiner ambitionierten Pläne zum Schutz des Klimas erteilte Obama dem Unternehmen Shell die Erlaubnis, in der Arktis nach Öl zu bohren. Eine Maßnahme, die den Schutz des dortigen Ökosystems unterminiere und in

komplettem Widerspruch zu Obamas Versprechen zu mehr Klimaschutz stünde. [lr]

- [www.whitehouse.gov/climate-change](http://www.whitehouse.gov/climate-change)
- [www.kurzlink.de/arcticdrilling-obama](http://www.kurzlink.de/arcticdrilling-obama)

#### Schädliche Subventionen

### Fette Förderung für Fossile

■ Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in einer Anfang August veröffentlichten Studie herausgefunden, dass die führenden Industriestaaten (G20) Kohle, Gas und Erdöl mit fast fünf Billionen Euro pro Jahr subventionieren. In den Berechnungen wurden neben den direkten Subventionen wie Fördergeldern, Steuererleichterungen und ermäßigten Benzinpreisen auch indirekte Subventionen berücksichtigt. Indirekte Subventionen sind Kosten, die die VerursacherInnen nicht zahlen, die aber die Gesellschaft übernehmen muss wie Umweltverschmutzungen oder gesundheitliche Nebenwirkungen.

Zum Vergleich: Die USA geben pro Kopf pro Jahr fast 2.000 Euro für konventionelle Energieträger aus, in Deutschland sind es 623 Euro. Laut IWF würde der CO<sub>2</sub>-Ausstoß weltweit um 20 Prozent sinken, wenn die Förderung der fossilen Energieträger eingestellt würde. Erneuerbare Energien hätten dann einen Wettbewerbsvorteil, weil sich die Produktion der fossilen Brennstoffe verteuern würde. [mk]

- [www.kurzlink.de/iwf-studie-subv07.15](http://www.kurzlink.de/iwf-studie-subv07.15)

#### Konventionelle Energieträger

### Europäische Kohle

■ Alles zu Kohle in Europa auf einen Blick findet man künftig in der neuen Online-Kohlelandkarte des Klimaaktionsnetzwerks CAN-Europe. Die interaktive Coal Map gibt in verschiedenen Karten einen Überblick über die Rolle der Kohle im Energiesystem, ihre Auswirkungen auf Klima und Gesundheit, die Rolle von Regierungen und Beispiele für lokalen und überregio-

## „Die Kohleindustrie steht mit dem Rücken zur Wand“

Mit den Ende-Gelände-Protesten im August beim Tagebau Garzweiler entstand eine bundesweite Antikohlebewegung. Für einen Ausstieg aus der Kohle braucht es eine Verbreiterung der gesellschaftlichen Debatte und Pläne gerechter Übergänge für die ArbeiterInnen, sagt Tazio Müller.

### Charakterisieren Sie doch mal die Antikohlebewegung. Was sind ihre Forderungen?

Erst mal ist es eine Bewegung im Entstehen. Sie ist noch sehr amorph, es gibt keine großen Organisationen, kein Attac der Antikohlebewegung und kein „X-tausendmalquer“ oder „ausgestrahlt“. Es sind Leute aus der globalisierungskritischen, aus der Umwelt- und Klimabewegung und aus Bürgerinitiativen. Eigentlich kann man erst seit dem 15. August von einer Antikohlebewegung reden. Das ist die Relevanz von dem Protest um „Ende Gelände!“. Davor gab es zwar eine regionale Antikohlebewegung im Rheinland und in der Lausitz, aber es war kein bundesweites Phänomen. Bei den Forderungen wird es schwierig. Es gibt einige, die fordern einen sofortigen Kohleausstieg und viele, die sagen, das sei technisch unmöglich und wäre für bestimmte Regionen in Deutschland ein ökonomischer und sozialer Kahlschlag. Da gibt es eine lebhaftige Debatte. Eine Dimension davon ist ein gerechter Kohleausstieg für die Menschen, die in den Kohlerevieren leben und arbeiten.

### Wie kann man soziale Gruppen außerhalb der akademischen wohlhabenden Mittelschicht gegenüber Kohle positionieren?

Dieser Klimawandel und -gerechtigkeitsdiskurs ist ja ein Thema, das für viele hierzulande recht weit weg ist. Dinge, die wir jetzt tun, haben erst sehr spät Effekte und wir müssen unsere Produktions- und Konsummuster total ändern. Deswegen nutzen viele AntikohleaktivistInnen in den letzten Jahren auch andere Narrative. Kohle ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern auch für die Menschen, die in den Revieren leben. Es gibt eigentlich nur ein paar Tausende Leute, die in der Braunkohleindustrie arbeiten, aber viel mehr, die unter dem Kohlestaub leiden. Atemwegserkrankungen, Asthma, Lungenkrebs sind in Kohlerevieren ungleich höher als in anderen Standorten. Ein Tagebau kann ja auch das Grundwasser verseuchen und Landwirtschaft erschweren. Um die Leute, die in der Kohleindustrie arbeiten und deren Angehörige aus dem Prokohleblock rauszuschweißen, braucht es aber mehr als eine Erzählung, nämlich Vorschläge dafür, was die Gewerkschaften „gerechte Übergänge“ nennen: eine Transition aus der Kohleindustrie raus, die auch von den ArbeiterInnen in den Regionen selbst angetrieben wird.

### Wie sind die Chancen, sich gegenüber der Kohleindustrie durchzusetzen?

Also ich benutze den Begriff „Team Kohle“. Das sind nicht nur die Kohlekonzerne. Die Gewerkschaften und Leute bei Parteien sind da auch zentrale Akteure. Das ist ein breiter, in bestimmten Regionen tief verwurzelter, gesellschaftlicher Block, der für die Kohleindustrie kämpft. Und es muss eben mit Aktionen wie Ende Gelände, oder im Hambacher Forst oder lokalen Bürgerinitiativen gezeigt werden: Kohle ist ein Konfliktthema. Und wir müssen zusammen mit den VertreterInnen der ArbeiterInnen über Pläne für einen gerechten Übergang in den Kohleregionen reden. Für mich ist eine Bedingung progressiver Klima- und Antikohlepolitik die Entwicklung von realistischen Plänen für gerechte Übergänge.

### Die Antiatombewegung in den 70er- und 80er-Jahren war eine gesamtgesellschaftliche Bewegung. Wie ist das bei der Antikohlebewegung?

In der Süddeutschen Zeitung stand drei Tage nach Ende Gelände ein flammendes Editorial, die Antikohlebewegung sei die neue Antiatombewegung. Aber es gibt einen zentralen Unterschied: Die Antiatombewegung war ja keine reine Umweltbewegung, sondern auch von der Friedensbewegung getrieben. Denn natürlich hing der Kampf um die Atomkraftwerke auch mit der Frage der Wiederaufrüstung Europas zusammen. Es gab dieses Gefühl einer kollektiven Bedrohung und eine ganz reale Angst. Und der Klimawandel ist halt anders. Der fühlt sich eben nicht ganz so apokalyptisch an wie der Atomkrieg.

### Welche Rolle spielen für Sie die internationalen Klimaverhandlungen?

Da gibt es eine lebhaftige Debatte innerhalb der Bewegung. Es gibt ja immer diese Pre-Cops, sektorale Vorverhandlungen, die „social Pre-Cop“ und die „scientific Pre-Cop“. Einige haben uns die „disobedient Pre-Cop“ genannt. Für die war Ende Gelände der ungehorsame Auftakt zu den Auseinandersetzungen um Paris. Aber man muss sagen, dass die Leute, die Ende Gelände auf die Beine gestellt haben, zum Großteil von Paris nichts erwarten. Aus einer Policy-Perspektive wird Paris sicher die Parameter für die Antikohle- und Klimaarbeit in Deutschland beeinflussen. Aber die

letzten 20 Klimagipfel waren klimapolitisch irrelevant, warum soll der 21. plötzlich wichtiger sein? Die Relevanz der Gipfel liegt aus einer Bewegungsperspektive eher darin, dass um sie herum internationale Kooperationen entstehen, weil das einer der Orte ist, wo sich internationale KlimaaktivistInnen treffen.

### Was sind die größten Erfolge der Bewegung und zurzeit die zentralen Herausforderungen?

Die Erfolge der Antikohlekämpfe vor Ende Gelände waren die lokalen Verhinderungen des Neubaus von Kohlekraftwerken oder einzelner Blöcke. Das wurde aber auch durch die sinkenden Profitaussichten der Kohlekraftwerke unterstützt. Die Kohleindustrie steht mit dem Rücken zum Wand, auch wenn sie nicht von Klimaregulationen plattgemacht wird. Und Kohle rutscht halt in so eine Schmutzedecke. Da gibt es eine diskursive Verschiebung. Aber bis diesen Sommer gab es keine Antikohlebewegung, weil es auch keine Debatte um die Kohle gab. Durch Ende Gelände wurde eine bundesweite gesellschaftliche Debatte erst angestoßen und sichtbar. Seitdem ist der Begriff Kohleausstieg auch gesellschaftlich gesetzt. Das ist der große Erfolg: die Ausweitung der Betroffenen- und ExpertInnendebatte in eine breite gesellschaftliche Debatte. Ein weiterer Erfolg ist das unüblich breite Bündnis: von AnarchistInnen im Rheinland bis hin zu etablierten NGOs. Die größte Herausforderung ist, glaube ich, dass eine Polarisierung stattfindet und ÖkoaktivistInnen gegen Linke und Bürger gegen Arbeiter stehen, wenn es keine Pläne für gerechte Übergänge für die Leute in den Regionen gibt. Und dann ist die gesamte Arbeit der letzten Jahre zunichte.

[Interview: Eric Janacek]

Dr. Tazio Müller ist Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und aktiv in der Antikohlebewegung.

Kontakt:  
E-Mail: [tazio.mueller@rosalux.de](mailto:tazio.mueller@rosalux.de)  
[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)



nalen Widerstand gegen Kohleabbau und -verstromung. Der Klimadachverband will mit dem Onlinetool deutlich machen, wie sehr der „Klimavorreiter“ Europa weiterhin auf die Kohle setzt und aufzeigen, welche erfolgreichen, wachsenden BürgerInnenbewegungen es dagegen gibt. [am]

► [www.coalmap.eu](http://www.coalmap.eu)

## Windenergie

### Rekordausbau in Europa

■ In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden Offshoreneuinstallationen mit einer Leistung von über 2.300 Megawatt gebaut. Das ist dreimal so viel wie im Vorjahr. Die Gesamtleistung aller 80 Offshorewindparks der EU beträgt jetzt etwa 11.400 Megawatt. Grund für den Zuwachs sind fertiggestellte Großprojekte und die steigende Anlagenleistung.

Den Löwenanteil der neu installierten Offshoreanlagen stellt Deutschland. Mit einer Leistung von fast 1.800 Megawatt liegt der deutsche Zubau vor dem Großbritannien mit 522 Megawatt und dem der Niederlande mit 114 Megawatt Leistung. [mk]

► [www.kurzlink.de/ewea-stat-2015](http://www.kurzlink.de/ewea-stat-2015)

## Emissionsminderung

### Mehr Flexibilität nach 2020?

■ Mehrere EU-Mitgliedstaaten haben sich dafür ausgesprochen, die Nutzung von Emissionszertifikaten aus der aktuellen Handelsperiode zur Zielerfüllung in Sektoren außerhalb des Emissionshandels (ETS) nach 2020 zu erlauben. Einige Länder betonten aber, dieser Flexibilitätsmechanismus dürfe den CO<sub>2</sub>-Preis im Emissionshandel nicht untergraben.

Die sogenannte Effort-Sharing-Entscheidung (ESD) ist neben dem Emissionshandel das zentrale Gesetz zur Umsetzung des 40-Prozent-Klimaziels für 2030, das die EU letzten Oktober beschlossen hat. Dabei verpflichten sich die EU-Staaten auf nationale Reduktionsziele für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst werden.

Reiche kleinere EU-Mitglieder forderten, die nationalen Klimaziele nicht nur auf Basis des BIP zu entscheiden, sondern bei Ländern, deren BIP über dem EU-Durchschnitt liegt, auch die Kosteneffizienz von Maßnahmen zu berücksichtigen. Außerdem forderten mehrere Mitgliedstaaten, die Flexibilität innerhalb des Effort-Sharing zu erhöhen. Derzeit können Staaten maximal fünf Prozent ihrer ESD-Zertifikate aus dem Folgejahr leihen oder für das Folgejahr aufsparen. Diese Rate solle vor allem am Anfang der 2020-Jahre erhöht werden, so die Länder.

Umweltverbände sehen die verstärkten Flexibilitätswünsche sehr kritisch. Laut einer Studie des Öko-Instituts könnte die Nutzung von ETS-Zertifikaten angesichts des großen Überschusses die Ambitionen in Sektoren außerhalb des ETS um fünf Prozent schmälern, bemängelt Carbon Market Watch. Eine weitere zentrale Frage ist für die NGO der Umgang mit Emissionen aus dem Wald- und Landnutzungssektor (LULUCF).

Die EU-Kommission wird ihren Vorschlag für das Effort-Sharing nach 2020 voraussichtlich in der ersten Hälfte 2016 vorlegen. [am]

► [www.kurzlink.de/eu-effortsharing2020](http://www.kurzlink.de/eu-effortsharing2020)

► [www.kurzlink.de/esd-oekoinstitut](http://www.kurzlink.de/esd-oekoinstitut)

## Emissionshandel

### Zertifikate kaum umweltwirksam

■ Das Stockholm Environment Institute (SEI) hat die Wirksamkeit des Joint-Implementation-Mechanismus der UN-Rahmenkonvention zur Bekämpfung des Klimawandels untersucht und ist zu einem ernüchternden Ergebnis gekommen. Anstatt zur Reduzierung von Treibhausga-

## Ein STARKES DUO FÜR DIE WIRTSCHAFT VON MORGEN

### forum Nachhaltig Wirtschaften



Das Entscheidermagazin für nachhaltiges Wirtschaften und Corporate Social Responsibility. Lesen Sie vierteljährlich die aktuellsten Trends, Best Practice Beispiele und alles rund um eine nachhaltige Zukunftsgestaltung!

Bestellen Sie Ihre Ausgabe unter [www.forum-csr.net](http://www.forum-csr.net) oder lesen Sie das Magazin im Abo für nur 30 Euro pro Jahr (Studentenbonus 20 Euro). Jetzt auch als E-Paper erhältlich!



Bestellen Sie Ihr Abo jetzt unter [www.forum-csr.net/Abo](http://www.forum-csr.net/Abo)  
Kontakt: +49 (0)89 / 74 66 11 - 10  
[abo@forum-csr.net](mailto:abo@forum-csr.net)

### Der CSR-Manager



Der CSR-Manager ist das Handbuch für gesellschaftlich verantwortungsvolles Wirtschaften von Dr. Dennis Lotter und Jerome Braun.

Fundierte Wissen – gepaart mit neuen spannenden Fällen aus der Praxis, erweitert um wertvolle Checklisten für nur 24,90 EUR.

Jetzt bestellen unter [www.forum-csr.net/csr-manager](http://www.forum-csr.net/csr-manager)



Weitere Informationen unter [www.benefitidentity.com](http://www.benefitidentity.com)  
Kontakt: +49 (0)89 / 74 66 11 - 10  
[csr-manager@forum-csr.net](mailto:csr-manager@forum-csr.net)

sen beizutragen, habe das Instrument 600 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> Mehremissionen generiert. Zustande gekommen sei dieser negative Effekt durch mangelndes Monitoring des Instruments sowie die Zulassung von Projekten mit fragwürdiger oder sehr geringer Umweltwirksamkeit.

Unter Joint Implementation können zwei Industriestaaten, die Unterzeichner des Kyoto-Protokolls sind, mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten handeln. So kann ein Staat Emissionsreduktionseinheiten (ERU) kaufen, die in einem anderen Staat durch Klimaschutzprojekte generiert werden. Der Staat, der das Projekt durchführt, zieht dann die verkauften ERUs von seinen Emissionszertifikaten ab. Dieser Mechanismus kommt eigentlich einem Nullsummenspiel gleich, das zu keinen zusätzlichen Emissionen führt. Viele Staaten, insbesondere Russland und die Ukraine, haben jedoch einen hohen Zertifikatsüberschuss, viel mehr als sie jemals selbst an CO<sub>2</sub> ausstoßen würden. Diese Staaten führten zahlreiche Projekte unter der Joint Implementation durch, die nicht oder nur sehr gering zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen. Besonders betroffen sei der Europäische Emissionshandel. Zwei Drittel der generierten Mehremissionen seien im ETS angefallen. Anja Kollmuss, die Autorin der Studie, fordert die EU auf, eine entsprechende Menge von Emissionszertifikaten im Europäischen Emissionshandel zu löschen. [lr]

► [www.kurzlink.de/sei-ji-policybrief](http://www.kurzlink.de/sei-ji-policybrief)

## Energiewende

### Ist Windgas die Lösung?

■ Die Forschungsstelle für Energienetze und Energiespeicher (FENES) hat in einer Ende August veröffentlichten Studie festgestellt, dass die Windgastechologie erheblich zum Erfolg der Energiewende beitragen kann.

Windgastechologie bedeutet, Strom aus Wind und Sonne in Brennstoff umzuwandeln und im Erdgasnetz zu speichern. Dadurch können sogenannte „Dunkel- oder Windstillphasen“ erneuerbarer Ener-

gien überbrückt werden. Ein Stromsystem mit Windgasanlagen sei ab Mitte der 2030er-Jahre günstiger als eines ohne. Ab 2040 liege die jährliche Ersparnis zwischen zwei und sechs Milliarden Euro.

„Mithilfe von Windgas erreichen wir bis 2050 eine erneuerbare Vollversorgung im Stromsystem zu deutlich geringeren Kosten als beim von der Bundesregierung angestrebten Mix von 80 Prozent erneuerbaren und 20 Prozent fossilen Energieträgern, und dies bei voller Versorgungssicherheit für den Industriestandort“, sagte Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei der Energiegenossenschaft Greenpeace Energy, die die Studie beauftragte.

Die Technologie ist jedoch nicht unumstritten. In einer eigenen Studie rät das Öko-Institut von einem schnellen Ausbau der Technologie ab und bezeichnet sie als „extrem teuer und ineffizient“. Auch der geringe Wirkungsgrad von nur 30 Prozent, der bei der Umwandlung von Strom zu Methan „übrig bleibt“, wird kritisiert. [lr]

► [www.kurzlink.de/greenpeace-windgas](http://www.kurzlink.de/greenpeace-windgas)

► [www.oeko.de/oekodoc/2005/2014-021-de.pdf](http://www.oeko.de/oekodoc/2005/2014-021-de.pdf)

## Erneuerbare Energien

### EU-Staaten streiten um Umsetzung des Ziels für 2030

■ In der EU läuft die Debatte um die Umsetzung des EU-weit verbindlichen Ziels zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf 27 Prozent an. Unter den Mitgliedstaaten gibt es unterschiedliche Ansichten, wie verbindlich dieser „Governancemechanismus“ ausgestaltet werden soll.

Die deutsche Bundesregierung fordert laut einem informellen Papier klare Regeln und verbindliche Instrumente, die greifen sollen, wenn deutlich wird, dass das verbindliche Ziel nicht mithilfe der freiwilligen Beiträge der Mitgliedstaaten erreicht wird. Portugal unterstützt die deutsche Position. Dezierte Gegner hoher Verbindlichkeit sind die britische und die tschechische Regierung, die sich bereits letzten

Dezember für einen Light-Touch-Ansatz bei der Umsetzung der Ziele für Erneuerbare und Energieeffizienz aussprachen. Die Kommission zögert aufgrund dieser Widerstände bislang, starke Instrumente vorzulegen.

Umweltverbände und Thinktanks fordern einen starken Governancemechanismus, der die Mitgliedstaaten zum Handeln verpflichtet – im Bereich Erneuerbare zum Beispiel durch indikative nationale Ziele. Nur so könne sichergestellt werden, dass die 2030-Ziele erreicht werden. Außerdem brauche es eine Revision der EU-Gesetzgebung für Energieeffizienz im ordentlichen Verfahren.

Die luxemburgische Ratspräsidentenschaft hat die Governance der 2030-Ziele zu einer ihrer Prioritäten erklärt. Im Oktober 2014 hatten sich die Staats- und Regierungschefs auf die EU-Klima- und Energieziele für 2030 geeinigt. Ein neuer DNR-Steckbrief fasst die Debatte um die Umsetzung der Ziele zusammen und beleuchtet dabei schwerpunktmäßig die Diskussionen um den sogenannten Governancemechanismus. [am]

► [www.eu2015lu.eu/de](http://www.eu2015lu.eu/de)

► [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-governance-2030.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-governance-2030.pdf)

## Atommüllendlager

### Komplizierte Suche

■ Im Sommer hat das Bundeskabinett eine Strategie für die Übergangszeit, bis ein Endlager gefunden ist, gebilligt. In der Strategie geht es um weit mehr Atommüll als bisher angenommen.

Das Nationale Entsorgungsprogramm der Bundesregierung musste laut Euratom-Richtlinie Ende August der EU-Kommission vorgelegt werden. Die Regierung muss mit der Strategie zeigen, dass radioaktiver Abfall und abgebrannte Brennelemente sicher und verantwortungsvoll eingelagert werden. Aus dem „Programm für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung“ geht hervor, dass in Deutschland mehr Atommüll zwischenlagert als es Endlager

gibt. Die niedersächsische Schachanlage Asse II ist marode. Das heißt, 125.000 Fässer müssen zurückgeholt werden. Außerdem kommen aus dem westfälischen Gronau uranangereicherte Wertstoffe dazu, bei denen nicht klar ist, ob sie jemals ihren Wert entfalten werden.

Das bisher einzige genehmigte Endlager, das ehemalige Erzbergwerk Konrad bei Salzgitter, kann bei Fertigstellung 300.000 Kubikmeter Atommüll aufnehmen. Mit den zusätzlichen Abfällen aus Asse und Gronau fehlen aber 20.000 Kubikmeter. Somit ist die Frage der Erweiterung von Schacht Konrad wieder in der Diskussion. Die Endlagerkommission und Akteure aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sollen bis spätestens kommendes Jahr Kriterien für die Suche angeben. [mk]

► [www.bmub.bund.de/P333](http://www.bmub.bund.de/P333)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Kennzeichnung

## Woher kommen die Zutaten im Fertiggericht?

■ Das könnte die EU sich zum Vorbild nehmen: Der Tiefkühlkosthersteller Frosta informiert seit September als erste deutsche Firma über die Herkunft aller Bestandteile seiner Fertigmahlzeiten. Die geltende Lebensmittelinformationsverordnung der EU umfasst eine solche Kennzeichnung bei bereits verarbeiteten Produkten nicht.

Frosta druckt die Herkunftsländer aller Zutaten etwa von Tiefkühlpizza oder Currys künftig auf die Verpackung. Der Aufwand sei gering und die Kosten seien überschaubar, teilte das Unternehmen mit. Damit strafe Frosta die gesamte europäische Lebensmittelbranche sowie die Europäische Kommission Lügen, hieß es bei Foodwatch. Die Verbraucherschutzorganisation fordert von der EU eine bessere gesetzliche Regelung. „Der Frosta-Standard muss umgehend zum EU-Standard wer-

den“, sagte Martin Rücker von Foodwatch. Die EU müsse allen Herstellern Transparenz vorschreiben, auch bei Fertiggut aus der Tiefkühltruhe.

Seit Langem wird um die EU-weiten Vorgaben zur Herkunftskennzeichnung gestritten. Vor einigen Jahren scheiterte eine Initiative des EU-Parlaments zu mehr Transparenz bei Lebensmitteln am Druck der Lebensmittellobby. Zu teuer befand die Industrie. Nach Angaben der EU-Kommission vom Mai würden sich die Mehrkosten zwischen 10 bis 30 Prozent für die Hersteller pro Produkt belaufen. Infolge des Pferdefleischskandals vor drei Jahren hatte das EU-Parlament die Kommission Anfang dieses Jahres aufgefordert, einen Gesetzentwurf für die Herkunftskennzeichnung von verarbeitetem Fleisch vorzulegen. Eine entsprechende Initiative steht noch aus. [mbu]

- Frosta zur Herkunftskennzeichnung: [www.frostablog.de/aktuelles/herkuenfte-zutaten-direkt-auf-verpackung](http://www.frostablog.de/aktuelles/herkuenfte-zutaten-direkt-auf-verpackung)
- Foodwatch zur Herkunftskennzeichnung: [www.kurzlink.de/herkunftskenn-foodw](http://www.kurzlink.de/herkunftskenn-foodw)

### Gesundheit und Umwelt

## Antibiotikaeinsatz für Tiere in Deutschland leicht gesunken

■ 2014 haben Tiere in deutschen Ställen etwa 15 Prozent (214 Tonnen) weniger antibiotische Medikamente bekommen als im Vorjahr. Das ergab die Auswertung der Abgabemengendaten für Antibiotika, die das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im Sommer veröffentlichte.

Für problematisch hält der BUND aber den zunehmenden Einsatz von sogenannten Reserveantibiotika. Das sind laut Weltgesundheitsorganisation Wirkstoffe, die für die Therapie bei Menschen besonders wichtig sind. Dazu gehören Fluorchinolone, deren Abgabe deutlich gestiegen ist: nämlich um 50 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 2011, in dem zum ersten Mal die Tierarzneimenge in Deutschland zentral registriert worden ist.

Die Bundesregierung hatte angekündigt, strengere Regeln für Reserveantibiotika im Stall zu erlassen, doch gehandelt habe der zuständige Agrarminister nicht, sagte die BUND-Agrarexpertin Reinhild Benning. „Minister Christian Schmidt schaut bislang tatenlos nach Brüssel, von wo sogar noch Aufweichungen der bestehenden Regeln für Antibiotika im Futter drohen.“

Derzeit wird das europäische Tierarzneimittelgesetz überarbeitet. Das sogenannte EU-Tierarzneimittelpaket besteht aus drei Verordnungsvorschlägen der EU-Kommission. Das Europäische Parlament wird sich dieses Jahr mit den Vorschlägen beschäftigen. Denn momentan würden Antibiotika in der Human- und in der Tiermedizin viel zu oft und falsch eingesetzt - mit verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier sowie auf die Umwelt, wie der Schattenberichterstatter Martin Häusling monierte.

Das betätigt auch das BVL. Trotz der Erfolgsmeldung heißt es bei der Behörde: „Sorge bereitet jedoch, dass der Therapieerfolg sowohl in der Human- wie auch in der Tiermedizin zunehmend durch das Auftreten antibiotikaresistenter Bakterien gefährdet wird. Der Transfer von antibiotikaresistenten Bakterien und/oder der Transfer von Resistenzgenen zwischen Mensch und Tier sind wechselseitig möglich.“ [mbu]

- BVL zu Abgabemengen in der Tiermedizin: [www.kurzlink.de/antibiotmenge2014bvl](http://www.kurzlink.de/antibiotmenge2014bvl)
- BUND zu Antibiotika in der Tiermedizin: [www.kurzlink.de/bund-reservantibiot](http://www.kurzlink.de/bund-reservantibiot)
- Häusling zu EU-Tierarzneimittelpaket: [www.kurzlink.de/eu-tierarzneipaket15](http://www.kurzlink.de/eu-tierarzneipaket15)

### Fairer Handel

## Rekordeinnahmen erzielt

■ Immer mehr Deutsche entscheiden sich bei ihrem Einkauf für nachhaltig produzierte Produkte. Im letzten Jahr überschritten die Umsatzzahlen für fair gehandelte Konsumgüter erstmalig die Eine-Milliarde-Grenze. Das Forum Fairer Handel lobt diese Entwicklung, sieht aber weiterhin Verbesserungspotenzial.

Um insgesamt 31 Prozent ist der Handel mit fairen Produkten im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Für Manuel Blending, Geschäftsführer des Forums Fairer Handel „ein klares Signal, dass es immer mehr Menschen in Deutschland wichtig ist, mit ihrer Konsumententscheidung zu einer menschenwürdigen und fairen Produktion unserer Alltagsgüter beizutragen“. Allerdings seien im Vergleich zu anderen Ländern die Pro-Kopf-Ausgaben für fair gehandelte Produkte mit 13 Euro immer noch zu niedrig.

Zudem würden individuelle Konsumentscheidungen und freiwillige Unternehmensinitiativen für gerechtere Wirtschafts- und Handelsstrukturen alleine nicht ausreichen, moniert das Forum. Weder auf internationaler noch auf europäischer oder deutscher Ebene gibt es bisher Regelungen zur menschenrechtlichen Haftung für den weltweiten Handel. Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden im Ausland zur Rechenschaft zu ziehen, ist daher bislang kaum möglich. Deshalb fordert die Organisation die Bundesregierung auf, im Rahmen des Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ im nächsten Jahr verbindliche menschenrechtliche, soziale und ökologische Regeln für deutsche Unternehmen festzulegen. [mp]

► [www.forum-fairer-handel.de](http://www.forum-fairer-handel.de)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### Klonprodukte

## EU-Parlament verschärft Regeln für Lebensmittel

■ Die EU-Abgeordneten haben sich im September mehrheitlich für neue Regeln für Klone von Nutztieren und daraus produzierten Lebensmitteln ausgesprochen. Die Regeln sind strenger als von der EU-Kommission vorgeschlagen. Das Parlament berücksichtigt in seinem Bericht den ethi-

## „Die Zukunft ist kein Wunschkonzert“

Die Fragen beim Bürgerdialog könnten zu einer individuellen Wunschliste verführen, die wenig mit einer sozial und ökologisch gerechten Welt zu tun hat, meint Theresa Klostermeyer.

Im Rahmen des BürgerInnendialogs „Gut Leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“ hat der DNR zusammen mit dem Bundesverband der ArbeitnehmerInnen eine der circa 200 Veranstaltungen durchgeführt. Über gesellschaftliche Fragen mit den BürgerInnen zu sprechen, ist grundsätzlich eine wichtige und notwendige Aufgabe. Mit der Zeit wurden jedoch Schwächen in diesem Prozess deutlich und damit die Notwendigkeit, den Dialog über die Veranstaltung hinaus konstruktiv kritisch zu begleiten.

Seit nunmehr gut zwei Jahrzehnten setzen die jeweiligen Bundesregierungen ExpertInnengremien, Enquetekommissionen und Dialoge mit den BundesbürgerInnen ein, um dringliche Fragen für die Zukunft zu klären. Schon der Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin 2012 stellte Fragen nach der Lebensqualität. Daran anknüpfend setzten die ParlamentarierInnen während der 17. Legislaturperiode des Bundestages die Enquetekommission mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ein. Ziel war es, eine Debatte über Wohlstandsmessung zu führen und nach neuen Indikatoren für diese zu suchen. Die Ergebnisse der Debatte zeigten, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu kurz greift. Zudem deutet sich an, dass der Fehler im System liegt und wir eine radikale Veränderung unseres auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystems brauchen.

Die Fakten lagen auf dem Tisch, der Handlungsdruck wächst. Und was macht die Bundesregierung? Einen BürgerInnendialog. Die Ergebnisse des Dialogs sollen ausgewertet werden und in Indikatoren für Lebensqualität beziehungsweise in eine Regierungsstrategie münden. Laut Bundesumweltministerium eine Anweisung, die von der Enquetekommission stammt.

„Was ist Ihnen persönlich wichtig im Leben?“ lautet die erste Frage, die bei allen Veranstaltungen gestellt wird. Was stört nun an dieser Frage? In seinem Beitrag zum Bürgerdialog aus lateinamerikanischer Perspektive (S. 29 dieser Ausgabe) macht Thomas Fatheuer deutlich, dass die Frage nach dem guten Leben nur aus Sicht der Gemeinschaft gestellt werden kann. Gutes Leben heißt auch Verantwortung für sich, andere und die natürliche Umwelt

übernehmen. Bei einer derart auf die gesellschaftliche Mikroebene (also den privaten und beruflichen Nahbereich) abzielenden Perspektive besteht die Gefahr, dass Strategien, die wohlfahrtsbezogene und gemeinwohlorientierte Ziele im Blick haben, sowie Prozesse und Strategien der nachhaltigen Entwicklung nahezu unterminiert werden.

Die Betrachtung der zweiten Frage „Was macht für Sie Lebensqualität in Deutschland aus?“ löst Unbehagen darüber aus, was die Überbetonung einer derart nationalen Sichtweise bezwecken soll. Kann man eine solche Frage in der global vernetzten Welt überhaupt noch stellen? Zu eng sind die Verzahnungen zwischen lokalem Handeln und den Auswirkungen in anderen Erdteilen. Die Frage beinhaltet auch keine Veränderungsperspektive. Es wird lediglich der Status quo abgefragt, beziehungsweise eine Vorlage geboten, das positiv Empfundene im bereits Vorhandenen aufzuzählen.

Die Regierung möchte mit ihrer Veranstaltungsreihe von den BürgerInnen erfahren, was ein gutes Leben ausmacht. Dabei gibt sich die Politik bewusst unpolitisch und ignoriert, dass sie mit der Kampagne ein beunruhigendes Verständnis ihrer Zuständigkeit beweist. Die Fragen, welche BürgerInnen tatsächlich den Einladungen von VHS, Umweltverband oder Bundeswehr folgen und wie die Ergebnisse ausgewertet werden, wurden in dieser Betrachtung noch gar nicht aufgeworfen.

Fakt ist, wir leben über unsere Verhältnisse, mit wachsender Ungleichheit innerhalb der deutschen Bevölkerung, auf Kosten der Existenzgrundlage von Menschen in anderen Erdteilen und auf Kosten zukünftiger Generationen. Konsequentes Regierungshandeln und tief greifende politische Entscheidungen, die der globalen Situation gerecht werden, sind dringend notwendig. Ob ein Bürgerdialog dieser Art zur Zukunftsgestaltung mit mehr (globaler) Gerechtigkeit, Zufriedenheit und Nachhaltigkeit beiträgt, ist fraglich.

Theresa Klostermeyer ist Leiterin des DNR-Projekts zur ökologischen Gerechtigkeit.

schen Aspekt des Klonens und stellt Fragen nach den gesundheitlichen Auswirkungen auf die europäischen Bürger. Es verweist auf eine Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) von 2008, wonach das Klonen für die Tiergesundheit und den Tierschutz bedenklich ist. Das Klonen würde höhere Sterblichkeitsraten mit sich bringen. Die EFSA bestätigte diese Feststellung 2009 und 2010.

Wissenschaftliche Studien würden überdies belegen, dass das Klonen von bestimmten Tieren eine Gefahr für das Tierwohl darstellt. Die Ausschussmitglieder sprachen sich daher für ein Verbot des Klonens von allen Nutztieren aus. Landwirtschaftliche Produkte von Klontieren sowie von deren Nachkommen dürften nicht für den Nahrungsmittelmarkt der EU zugelassen werden.

„Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich darauf verlassen können, dass sich in ihren Lebensmitteln weder geklonte Tiere noch deren Nachkommen finden“, sagte Martin Häusling, agrarpolitischer Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament. Die Abgeordneten haben sich laut Häusling auch dafür ausgesprochen, den unverbindlichen Richtlinienvorschlag in eine für alle Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten bindende Verordnung umzuwandeln.

Der Deutsche Tierschutzbund wertete das Abstimmungsergebnis positiv. „Aber allein mit dem Parlamentsbeschluss ist es nicht getan. Auch die Bundesregierung muss sich jetzt im EU-Ministerrat dafür einsetzen, dass die Forderungen des Parlaments verwirklicht werden“, sagte Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

Im September 2008 hatte das EU-Parlament eine weitreichende Resolution gegen das Klonen von Tieren in der Landwirtschaft verabschiedet. In einem Eurobarometer lehnten über 80 Prozent der Befragten Klonlebensmittel ab, 58 Prozent begründeten dies explizit mit Verweis auf den Tierschutz. Für die meisten Befragten (86 Prozent) lag zudem auf der Hand, dass von einer Klonzulassung letztlich die Industrie profitieren würde. Der Deutsche Tierschutzbund fordert aufgrund der enor-

men Tierschutzproblematik bereits seit Jahren ein generelles Verbot des Tierklonens – auch für Versuchs- und Heimtiere. [mbu]

- ▶ Richtlinienvorschlag zum Klonen: [ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/cloning-2013-0433\\_cod\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/novelfood/documents/cloning-2013-0433_cod_en.pdf)
- ▶ Die Grünen im EU-Parlament zum Klonbeschluss: [www.greens-efa.eu/de/klonfood-14429.html](http://www.greens-efa.eu/de/klonfood-14429.html)
- ▶ Deutscher Tierschutzbund zur Klonrichtlinie: [www.kurzlink.de/tierschutzbund-klone](http://www.kurzlink.de/tierschutzbund-klone)

### Bienenschutz

## EFSA bestätigt Gefahr für Bienen durch Neonikotinoide

■ Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat Ende August bestätigt, dass sogenannte Neonikotinoide sehr riskant für Bienen sein können. Konkret untersucht wurden die Insektizide Thiamethoxam, Clothianidin und Imidacloprid. Greenpeace fordert, die Gifte komplett zu verbieten. In der EU gilt zurzeit nur ein Teilmoratorium.

Die EFSA analysierte, wie es sich auf Bienen auswirkt, wenn Landwirte die Insektizide Thiamethoxam des Agrochemiekonzerns Syngenta sowie Clothianidin und Imidacloprid des Bayer-Konzerns auf die Pflanzen spritzen. Die Wissenschaftler stellten „hohe Risiken“ fest beziehungsweise konnten diese nicht ausschließen, hieß es bei der EFSA.

Greenpeace fordert nun ein vollständiges Verbot der Giftstoffe. „Die EU-Kommission muss Neonikotinoide für alle Arten der Anwendung und für alle Pflanzen verbieten. Etwa ein Drittel aller Lebensmittel sind von Bestäubern wie Bienen und anderen Insekten abhängig. Landwirte vergiften mit den Pestiziden ihre wichtigsten Mitarbeiter und ihre eigene Zukunft“, sagte die Greenpeace-Agrarexpertin Barbara Kamradt.

Seit 2013 gilt in der EU für zwei Jahre ein Moratorium auf die Anwendung dieser Neonikotinoide bei Pflanzen, die Bienen besonders anziehen. Mitte August hatte die EU-Kommission angekündigt, die Verhandlungen über einen Fahrplan zum besseren Bienenschutz wiederaufzunehmen. [mbu]

- ▶ EFSA zu Neonikotinoiden (26.8.2015): [www.efsa.europa.eu/en/press/news/150826](http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/150826)
- ▶ [www.greenpeace.org](http://www.greenpeace.org)

### Ökolandbaufläche

## Kaum noch Anstieg

■ Während die Nachfrage für biologisch erzeugte Produkte bei den Deutschen steigt, stagniert seit einigen Jahren der Zuwachs der Fläche, auf denen sie angebaut werden können. Nach Angaben der zuständigen Länderministerien stieg die Anzahl der Äcker, Wiesen und Weiden, auf denen nachhaltig produziert wird, 2014 um nur 0,6 Prozent. Die Verkaufszahlen von Biolebensmitteln stiegen hingegen um 4,8 Prozent.

Die Folge ist nicht nur ein gesteigerter Import von Ökoprodukten, sondern auch eine anhaltende Schädigung der heimischen Flora und Fauna durch den konventionellen Anbau. Der Boom der nachhaltigen Landwirtschaft scheint vorüber zu sein: Seinen Höhepunkt erreichte er zwischen 1996 und 2000. Heute entspricht die Anbaufläche von Bioprodukten einer Fläche von etwa einer Million Hektar, das sind etwa sechs Prozent.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) nennt drei Hauptgründe für die stetig abnehmende Bereitschaft der Landwirte nachhaltig zu produzieren. Neben Unsicherheiten über neue EU-Regelungen für die ökologische Landwirtschaft sind zu geringe Subventionen für die Umstellung von konventionellen auf ökologische Bewirtschaftung entscheidend. Schwer wiegt auch der steigende Flächenverbrauch für Biogasanlagen, die den Betreibern hohe Einnahmen bescherten und die Anbaufläche für nachhaltig produzierende Landwirte einschränken.

Das Bündnis Ökolandbau Sachsen – zu dem die Gää-Vereinigung ökologischer Landbau gehört – monierte in diesem Zusammenhang Ende August die aktuelle Entwicklung am Bodenmarkt. Steigende Pacht- und Kaufpreise, der wachsende Anteil von Investoren mit Spekulationsabsichten sowie die Vergabep Praxis von Landfläche durch die Bodenverwertungs-

und verwaltungs-GmbH (BVVG) sind die größten Kritikpunkte. Damit die Bundesregierung das in der Nachhaltigkeitsstrategie veranschlagte Ziel von 20 Prozent Flächenanteil für Ökolandbau einhalten kann, sind Landkäufe und Verpachtungen zu überhöhten Preisen zu verbieten. [mbu,mp]

- ▶ [www.kurzlink.de/ble-tabelle-oekoland](http://www.kurzlink.de/ble-tabelle-oekoland)
- ▶ [www.boelw.de](http://www.boelw.de)
- ▶ [www.gaea.de](http://www.gaea.de)

Geistiges Eigentum

### Tomatenpatent genehmigt

■ Die Firma Syngenta hat sich noch eine Tomatensorte aus konventioneller Züchtung als „geistiges Eigentum“ deklarieren lassen. Das Europäische Patentamt (EPA) stimmte dem Antrag des Schweizer Agrarkonzerns aus dem Jahr 2003 Ende August zu. Die sogenannte Syngentatomate enthält angeblich besonders viele gesundheitsförderliche Flavonole. Dafür kreuzten Planzenzüchter konventionelle und wilde Tomaten. Die Kreuzung wurde aber nicht gentechnisch verändert. Dies ist allerdings laut europäischem Patentrecht Voraussetzung, damit eine Pflanze oder ein Tier als Erfindung anerkannt wird.

„Das EPA, das seine Einnahmen aus der Erteilung von Patenten bezieht, ebnet mit dieser inakzeptablen Auslegung des Patentrechts den Weg für seine eigenen Interessen ebenso wie für die der Industrie“, kritisiert das Bündnis No Patents on Seeds.

Das EPA ist keine Institution der EU, sondern besteht auf der Grundlage eines Vertrags zwischen zahlreichen Staaten. Deren Regierungen können über den Verwaltungsrat Einfluss nehmen.

„Die Bundesregierung muss noch entschiedener gegen diese Aktivitäten des Patentamts einschreiten“, forderte Christoph Then vom Bündnis No Patents on Seeds. Andernfalls komme es Schritt für Schritt zum Ausverkauf unserer Nahrungsgrundlagen, warnte er. [mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/epa-tomatenpatent15](http://www.kurzlink.de/epa-tomatenpatent15)
- ▶ [www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org)

Genfliegen

### Freiflug unerwünscht

■ Nachdem zahlreiche Organisationen gegen die geplante Freisetzung gentechnisch veränderter Olivenfliegen in Spanien protestiert hatten, zog das britische Unternehmen Oxitec im August seinen Antrag zurück. Das teilte der Verein Testbiotech mit. Berichten in spanischen Medien zufolge hatte die Firma von den Behörden das Signal erhalten, dass die Versuche nicht genehmigt würden. Es ist bereits das zweite Mal seit 2013, dass Oxitec mit einem Antrag scheitert. Sind die Fliegen einmal freigelassen, könnten sie sich nach gewisser Zeit im gesamten Mittelmeerraum ausbreiten. Eine breite Koalition von Umwelt- und Wirtschaftsorganisationen, hauptsächlich aus der Mittelmeerregion, fordert ein vollständiges Verbot der Freisetzung derartiger Fliegen.

Normalerweise dauert es relativ lange, bis sich eine genetische Veränderung in

einer Population ausbreiten kann. Eine Veränderung, die sich auf einem Paar von Chromosomen befindet, wird nur an die Hälfte der Nachkommen vererbt. Anders bei den Nachkommen mit „Gen-Drive“: Hier sollen alle Nachkommen die gentechnische Veränderung aufweisen. Dieses Verfahren der synthetischen Gentechnik basiert auf der Anwendung von „CRISPR“, einer sogenannten DNA-Schere (Nuklease), die es ermöglicht, dass sich eine gentechnische Veränderung in jeder Generation auch auf das Partnerchromosom überträgt. Im Ergebnis wird sich die neue Geninformation damit wesentlich schneller in einer Population verbreiten. Derzeit gibt es noch keine internationale Gesetzgebung, die es verbieten würde, derartige Organismen freizusetzen.

[Red., Quelle: EU-Umweltbüro]

- ▶ [www.kurzlink.de/uwd-genfliegen08.15](http://www.kurzlink.de/uwd-genfliegen08.15)
- ▶ [www.testbiotech.de/node/1320](http://www.testbiotech.de/node/1320)



## NATURSCHUTZ &amp; BIODIVERSITÄT

## EU-Naturschutzrichtlinien

**Rege Partizipation**

■ An der Konsultation zur Überprüfung der Naturschutzrichtlinien haben insgesamt 552.471 Menschen teilgenommen. 94 Prozent der TeilnehmerInnen hatten die europaweite Kampagne NatureAlert für den Erhalt der Naturschutzrichtlinien unterstützt. Der Deutsche Naturschutzring dankt allen, die sich beteiligt und der Aktion zum Erfolg verholfen haben.

Der Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans und EU-Umweltkommissar Karmenu Vella begrüßten die rege Teilnahme: „Wir sind sehr dankbar über die aktive Teilnahme an unserer Konsultation und dieses große Engagement.“ Am 20. November möchte die Kommission auf einer High-Level-Konferenz zu dem Thema die Ergebnisse der Konsultation präsentieren. [mk]

- ▶ [www.ec.europa.eu/environment/nature/legislation/fitness\\_check](http://www.ec.europa.eu/environment/nature/legislation/fitness_check)
- ▶ [www.naturealert.eu](http://www.naturealert.eu)

## Vogelschutz

**EU-Richtlinie ist erfolgreich**

■ Populationen von bedrohten Vogelarten entwickeln sich besser, wenn sie unter die EU-Vogelschutzrichtlinie fallen. Das zeigt eine Ende Juli veröffentlichte Studie des NABU-Dachverbands BirdLife International, der britischen Royal Society for the Protection of Birds (RSPB) und der Universität Durham.

Die WissenschaftlerInnen untersuchten die Bestandszahlen und -trends aller europäischen Vogelarten, die im vergangenen Jahr die Mitgliedstaaten der EU-Kommission gemeldet hatten. „Ob eine Vogelart zunimmt oder abnimmt, hängt immer von mehreren Faktoren ab. Jetzt aber wissen wir endlich, was in Europa den größten Einfluss hat: nämlich, ob eine

Art dank der EU-Vogelschutzrichtlinie von besonderen Schutzmaßnahmen profitiert – oder eben nicht. Nach den neuesten Erkenntnissen hat dies wesentlich größeren Einfluss auf die Entwicklung einer Art als beispielsweise der Klimawandel“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Laut der Studie geht es Vogelarten, die im Anhang I gelistet sind und damit den höchsten Schutz genießen, immer besser. Das sind zurzeit 181 Arten. Zudem entwickle sich eine Vogelart umso besser, je länger sie bereits geschützt wird.

Umso schlechter steht es um Vogelarten, die häufig vorkommen und weit verbreitet sind. Ihre Populationen haben stark abgenommen. Daher müssen die Richtlinien beibehalten werden und es dürfe keine Aufweichung des Naturschutzes durch die EU-Kommission geben, forderte Tschimpke. [es]

- ▶ Vollständige Studie (engl.): [www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/conl.12196/abstract](http://www.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/conl.12196/abstract)
- ▶ [www.kurzlink.de/nabu2807](http://www.kurzlink.de/nabu2807)

## Vogeljagd

**25 Millionen getötete Vögel**

■ BirdLife International hat im Sommer erneut auf die illegale Massentötung von Vögeln in den Mittelmeerstaaten aufmerksam gemacht. Unter den Ländern, die am stärksten in der Vogeljagd aktiv sind, finden sich auch einige EU-Staaten wie Italien mit jährlich etwa 5,6 Millionen illegalen Vogeltötungen und Zypern mit 2,3 Millionen. Der Bericht listet die Staaten, in denen es am häufigsten zu Tötungen der Tiere kommt, die besonders betroffenen Vogelarten und die Methoden der Jäger auf.

Nur in Ägypten fallen mit etwa 5,7 Millionen noch mehr Vögel der illegalen Jagd zum Opfer als in Italien. Weitere EU-Länder, in denen illegale Vogeljagd ein Problem ist, sind Griechenland mit 700.000 getöteten Vögeln, Frankreich und Kroatien mit jeweils einer halben Million und Albanien mit 300.000 Vögeln.

Patricia Zurita, Geschäftsführerin von BirdLife, fordert deshalb, die Schutzbestrebungen zu erweitern, bevor es zu spät ist.

Die Populationen auch von Arten, die einst in Europa reichlich vorhanden waren, würden sonst bald gänzlich verschwinden. [mp]

- ▶ Bericht von BirdLife (engl.): [www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/01-28\\_low.pdf](http://www.birdlife.org/sites/default/files/attachments/01-28_low.pdf)

## Alpen

**Grünes Licht für EU-Strategie**

■ Die EU-Kommission hat im Sommer den Startschuss für die EU-Strategie für den Alpenraum, die vierte makroregionale Strategie der EU gegeben. Makroregionen sind naturräumlich zusammengefasste Gebiete, für die finanzielle Mittel und andere Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Eine makroregionale Strategie fördert die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Ländern. Die Strategie für den Alpenraum betrifft sieben Länder: fünf EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und Slowenien) und zwei Drittstaaten (Lichtenstein und die Schweiz). Sie deckt insgesamt 48 Regionen ab und konzentriert sich auf vier Schlüsselbereiche: Wirtschaftswachstum und Innovation, Mobilität und Anbindung, Umwelt und Energie sowie den Aufbau eines Governancemodells für den Alpenraum. Nun muss der Europäische Rat der Strategie zustimmen.

Bisher gibt es folgende makroregionale Strategien: die Ostseestrategie, die Donaustrategie sowie die Strategie für die Adria und das Ionische Meer. [Quelle: Red., EU-Umweltbüro]

- ▶ [www.kurzlink.de/uwd-alpenstrateg2015](http://www.kurzlink.de/uwd-alpenstrateg2015)
- ▶ Alpenkonvention: [www.alpconv.org](http://www.alpconv.org)

## Deutsche Wälder

**Schadstoffe kartiert**

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat eine interaktive Karte zur Schadstoffbelastung von Waldböden erstellt. Sie basiert auf der „Bodenzustandserhebung im Wald“, einem Gemeinschaftsprojekt der Umwelt- und Forstverwaltungen von Bund und Ländern.

Der Boden eines Waldes vergisst nur sehr langsam. Hat er Stoffe einmal aufgenommen, sind diese Jahrzehnte später noch nachweisbar. So finden sich neben polyaromatischen Kohlenwasserstoffen, die beispielsweise bei Stein- und Kohleabbau entstehen, auch Dichlordiphenyltrichloroethan, ein seit Längerem verbotenes Insektizid, noch in den Waldböden.

Anhand der Daten des Umweltbundesamtes lassen sich auch die Hochburgen der Chemieanwendung und Schadstoffemissionen in Deutschland identifizieren. Demnach gibt es besonders erhöhte Schadstoffkonzentrationen in Regionen mit unmittelbarer Nähe von alten Industriegebieten wie im Saarland oder im Ruhrgebiet. Die Vorsorgewerte der Bundesbodenschutzverordnung überschreiten dennoch nur die wenigsten Standorte.

Eine unmittelbare Gefahr für Menschen durch die im Boden gespeicherten Schadstoffe sieht die Präsidentin des UBA Maria Krautzberger nicht, jedoch merkt sie an: „Wir können auch keine Entwarnung geben: Böden speichern einmal in die Umwelt entlassene persistente Schadstoffe und werden diese über Jahrzehnte nach und nach freigeben.“ [mp]

- ▶ [www.kurzlink.de/uba2107](http://www.kurzlink.de/uba2107)
- ▶ Karten zum Bodenzustand: [gjs.uba.de/website/apps/bze](http://gjs.uba.de/website/apps/bze)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Handel mit Tierprodukten

## Robbenfelle nur unter Auflagen

■ Im September hat sich das EU-Parlament in Straßburg für ein verschärftes Verbot im Handel mit Robbenerzeugnissen ausgesprochen. Demnach soll es jetzt nur noch Inuit und anderen UreinwohnerInnen gestattet sein, wirtschaftlichen Nutzen aus den tierischen Produkten zu ziehen, allerdings unter strengen gesetzlichen Auflagen. Im Sinne des Tierschutzes hatte die EU 2009 ein „Komplettverbot“ für jeglichen Handel mit Robbenerzeugnissen, zum Beispiel Mänteln oder Handtaschen, erlassen. Das Verbot enthielt jedoch zwei Ausnahmen. So sollte es nicht nur für Ureinwohner weiterhin möglich sein mit den Erzeugnissen von Robben zu handeln. Auch jene Fischereibetriebe, die Jagd auf die Robben zur Sicherung von Fischbeständen machen, sollten weiterarbeiten dürfen. Letztere Ausnahme strich das Parlament nun. Betroffen von der Änderung sind vor allem Fischereibetriebe aus Skandinavien.

Mit der neuen Regelung bekräftigte das Parlament auch eine Entscheidung des Ge-

richtshofes der Europäischen Union vom 3. September. Dieser hatte die Einwände der Inuit Tapiriit Kanatami Vereinigung, welche die Durchführungsverordnung zur Grundverordnung aus dem Jahr 2010 für rechtswidrig hielt, abgelehnt. Eine Lockerung der Auflagen für die Jagd auf Robben wird es für die Ureinwohner demnach nicht geben.

Nach der formalen Absegnung durch die EU-Mitgliedstaaten kann die neue Vorgabe noch dieses Jahr in Kraft treten. [mp]

- ▶ [www.kurzlink.de/euparl-verbot-robben](http://www.kurzlink.de/euparl-verbot-robben)
- ▶ Gerichtshof der EU zum Robbenhandel: [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-09/cp150093de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2015-09/cp150093de.pdf)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### UN-Nachhaltigkeitsziele I

## EU-Nachhaltigkeitsstrategie 2.0?

■ Die Weltgemeinschaft hat Anfang August von allen UN-Mitgliedstaaten eine umfassende Agenda für Nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 sowie

## Neue Zielgruppen gewinnen!



DER KOPF IST RUND,  
DAMIT DAS DENKEN  
DIE RICHTUNG WECHSELN KANN!

### Limbic® Map & Motivationsprofile -

Neue Ansätze für eine Werteorientierte Nachhaltigkeitskommunikation.

### Jetzt gratis downloaden.

OroVerde - Die Tropenwaldstiftung  
[www.oroverde.de/Leitfaden](http://www.oroverde.de/Leitfaden)



einen weltweit gültigen Umsetzungsplan angenommen. Die Agenda bildet die Grundlage für den UNO-Nachhaltigkeitsgipfel aller Staats- und Regierungschefs im September in New York, bei dem die Agenda abschließend verabschiedet werden soll (nach Redaktionsschluss).

Die Agenda mit dem Titel „Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development“ enthält 17 übergeordnete Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, zur Armutsbekämpfung, zu sozialen Fragen und zum Umweltschutz (siehe S. 4). Die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG) der Post-2015-Agenda ersetzen die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele und sollen bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden.

„Die Entscheidung über die Nachhaltigkeitsagenda der UN ist historisch. Erstmals verbindet die Weltgemeinschaft systematisch die Bekämpfung von Armut mit der Bewahrung unseres Planeten“, sagte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks.

Das Forum Umwelt und Entwicklung hat ein Factsheet zu den SDGs und der Post-2015-Agenda erarbeitet. Übersichtlich gibt es Antwort auf die Fragen, was die SDGs sind, was Deutschland damit zu tun hat und was die Post-2015-Agenda für die Zivilgesellschaft bedeutet. Die künftigen Ziele für nachhaltige Entwicklung, Fragen der Klimafinanzierung sowie der Stand

der internationalen Klimaverhandlungen auf dem Weg nach Paris, waren auch im Mittelpunkt des informellen EU-Umwelministerrates Ende Juli in Luxemburg. Staatssekretär Jochen Flasbarth setzte sich für eine anspruchsvolle Umsetzung der Ziele und eine Erneuerung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie ein.

Der bisherige Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt Karl Falkenberg wird ab September „Senior Adviser for Sustainable Development“ im kommissionseigenen Thinktank „European Political Strategy Centre“. In dieser Funktion soll er eine mögliche Fortschreibung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie prüfen. Bereits im Oktober 2012 hat der Umweltrat der EU gefordert, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten und die Ergebnisse von Rio+20 darin umzusetzen. Die EU-Kommission sieht aber die Europa-2020-Strategie als den wirksameren Rahmen zur Erreichung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit an. Deswegen hat sie bisher die Fortschreibung einer eigenständigen europäischen Nachhaltigkeitsstrategie faktisch aufgegeben. [bv]

- ▶ BMUB zum informellen Umweltrat: [www.kurzlink.de/15-07-bmub-infumwrat](http://www.kurzlink.de/15-07-bmub-infumwrat)
- ▶ BMUB zu den Nachhaltigkeitszielen: [www.kurzlink.de/bmub-sdgs-2015](http://www.kurzlink.de/bmub-sdgs-2015)
- ▶ Factsheet Forum UE SDG und Post2015: [www.kurzlink.de/forumue-sdg-rio15](http://www.kurzlink.de/forumue-sdg-rio15)

## UN-Nachhaltigkeitsziele II

### Industriestaaten patzen

■ Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung sind die meisten Industriestaaten weit davon entfernt, die UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Die größten Defizite weisen die Industriestaaten demnach in ihrem wenig nachhaltigen Produktions- und Konsumverhalten auf. Außerdem verschärfen ihre Wirtschaftssysteme vielfach den Trend zur sozialen Ungleichheit.

Die Bertelsmann Stiftung hat anhand von 34 Indikatoren zu den 17 Nachhaltigkeitszielen alle 34 OECD-Staaten verglichen. Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland gehören zu den Ländern, welche die neuen UN-Ziele am ehesten erreichen, gefolgt von der Schweiz auf Platz fünf und Deutschland auf Platz sechs. Am schlechtesten bewertet werden die USA, Griechenland, Chile, Ungarn, die Türkei und Mexiko.

Besonders gut schnitt Deutschland beim Wirtschaftswachstum, der Beschäftigung sowie bei Forschung und Entwicklung durch eine relative geringe Armutsquote, eine vergleichsweise gute soziale Absicherung, eine geringe Zahl von Tötungsdelikten und der Anzahl der Naturschutzgebiete ab. Allerdings produziert jeder Deutsche pro Jahr durchschnittlich mehr Müll (614

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## D wie Dialog

Wie gelingt eine gesellschaftliche Transformation zu mehr Nachhaltigkeit auf regionaler Ebene? Durch einen intensiven Dialog aller wichtigen Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Neben Wissenschaftlern kommen hier Praxisakteure zu Wort. Sind doch die Transition Town-Bewegung, Agenda-Gruppen, urbane Nachhaltigkeitsinitiativen und Sozial- und Energiegenossenschaften die Pioniere des Wandels. Sie weisen den Weg in eine nachhaltige Zukunft.

S. Hafner, M. Miosga (Hrsg.)  
**Regionale Nachhaltigkeitstransformation**  
 Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Dialog  
 324 Seiten, broschiert, 26,95 Euro, ISBN 978-3-86581-723-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

Kilogramm) als der Durchschnitt aller Industriestaaten (483 Kilogramm). Auch die Landwirtschaft ist in Deutschland durch den zu hohen Eintrag von Stickstoff und Phosphor nicht nachhaltig. Hintere Plätze belegt Deutschland darüber hinaus beim Anteil bedrohter Tierarten, der starken Ausbeutung seiner Wasserressourcen und bei Feinstaubbelastung. [bv]

► Studie: [www.kurzlink.de/bertelsmann-sdg](http://www.kurzlink.de/bertelsmann-sdg)

### DNR-Steckbrief

## Deregulierung und Entdemokratisierung

■ Auf Wunsch der Industrie werden in der europäischen Gesetzgebung verstärkt vermeintliche Wirtschaftshindernisse auf Kosten von Umwelt, VerbraucherInnen, Demokratie und Transparenz abgebaut. Einen Überblick über Deregulierungs- und Entdemokratisierungstendenzen in der EU gibt der aktualisierte Steckbrief der DNR EU-Koordination. Weitere Themen sind das Freihandelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU, die interinstitutionellen Vereinbarungen im Rahmen der Kommissionsvorschläge zur „Besseren Rechtsetzung“ und das REFIT-Programm. [ej]

► [www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf](http://www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-deregulierung-entdemokratisierung.pdf)

### Intransparenz

## Kein Zugang zu gelöschten Tweets

■ Die Internetseite Politwoops veröffentlicht seit 2010 gelöschte Twitterkommentare von PolitikerInnen. Seit Ende August verweigert das Blogging-Portal Twitter Politwoops aber den Zugang zu den Daten.

Politwoops sammelt Daten von twitternden PolitikerInnen in 32 Ländern.

## „EU-Gesetzgebung ist keine bloße Kosten-Nutzen-Rechnung“

**Bei EU-Gesetzen müssen die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen ausgewogen berücksichtigt werden, sagt Sylvia-Yvonne Kaufmann.**

„Diese Kommission ist entschlossen, das zu ändern, was die Europäische Union tut und wie sie es tut“, kündigte der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans bei der Vorstellung des Reformpakets für bessere Rechtsetzung Ende Mai 2015 an. Die Juncker-Kommission machte damit deutlich, dass dieses Thema zu einer ihrer Hauptprioritäten gehört. Das von der Kommission 2012 eingeführte REFIT-Programm (Regulatory Fitness and Performance Programme) ist Teil dieses Reformpakets. Mithilfe dieses Programms zielt die EU-Kommission darauf ab, die gesamten EU-Rechtsvorschriften auf unnötige Verwaltungslasten zu überprüfen. Es geht um die Rücknahme bestehender Rechtsakte und Gesetzesvorschläge sowie den Start neuer Initiativen zur Rechtsvereinfachung.

Vor diesem Hintergrund und um der EU-Kommission klare Leitlinien bei der Umsetzung ihres Reformpakets vorzugeben, stimmte der Rechtsausschuss des Europaparlaments im Juni über seine Forderungen ab. Mir als Berichterstatterin ist es wichtig, die EU-Kommission darin zu unterstützen, die vielfach geäußerte Kritik an zu viel „Brüsseler Bürokratie“ ernst zu nehmen. Nach Angaben des EU-Barometers sind 74 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger der Ansicht, dass die EU zu viel Bürokratie schafft.

Von daher ist ein Fitness-Check für EU-Gesetze der richtige Weg. Denn europäische Gesetzgebung muss so detailliert wie nötig, aber so unbürokratisch und effektiv wie möglich gestaltet werden. Was zählt, ist die Qualität der EU-Gesetze, nicht deren Quantität. Entscheidend ist daher ein kohärenter Prozess während des gesamten politischen Zyklus einer Gesetzesinitiative, von der Einleitung, Konsultation, Folgenabschätzung über die Inkraftsetzung bis hin zur Umsetzung.

Der Rechtsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, dass bei der Durchführung von Folgenabschätzungen, das heißt bei der Prüfung von beabsichtigten EU-Gesetzesvorschlägen seitens der Kommission, der von ihr eingerichtete, auch mit unabhängigen Experten besetzte Ausschuss für Regulierungskontrolle noch ausgewogener handeln muss als sein

Vorgänger, der Ausschuss für Folgenabschätzung. EU-Gesetzgebung ist keine bloße Kosten-Nutzen-Rechnung. Erforderlich ist eine ausgewogene Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen von Gesetzesvorschlägen. Allerdings darf dieses Gremium die Entscheidungsfreiheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments unter keinen Umständen einschränken. Des Weiteren erteilen wir potenziellen Folgenabschätzungen zu abgeschlossenen Vereinbarungen der Sozialpartner eine klare Absage. Ihre Autonomie muss gewahrt werden.

Der Ansatz der Kommission, gegebenenfalls angepasste Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf den Weg zu bringen, ist unterstützenswert. KMUs sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, hier arbeiten zwei Drittel aller Beschäftigten in der EU. Daher nehmen wir die Kommission beim Wort, wenn sie zusagt, dass sie angepasste Regelungen für diese Betriebe nur einführen möchte, wenn dadurch eine wirksame Verwirklichung der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele eines Gesetzesvorschlages nicht gefährdet wird.

Nach Angaben der Kommission sind die Mitgliedstaaten durch eine ineffiziente Umsetzung von EU-Gesetzen für ein Drittel der entstandenen Verwaltungslasten verantwortlich. Es ist deshalb richtig, dass die Kommission unnötige Bürokratie („Goldplating“) in den Mitgliedstaaten unter die Lupe nimmt. Eines allerdings darf hierbei nicht außer Acht gelassen werden: Die Mitgliedstaaten haben das Recht, höhere nationale Standards zu setzen als in einer EU-Richtlinie vereinbart. Dies darf natürlich nicht mit „Überregulierung“ gleichgesetzt werden.

Mir als Berichterstatterin ist es daher wichtig, der Kommission ein klares Signal zu senden: Unter dem Deckmantel von Bürokratieabbau darf nichts unternommen werden, das die sozialen und ökologischen Errungenschaften der EU aushöhlt.

**Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Mitglied des Europäischen Parlaments für die SPD.**

Die Seite legt nicht nur offen, wer den gelöschten Tweet ursprünglich verfasst hat, sondern auch, wie lange nach Veröffentlichung er gelöscht wurde. Ende August hat Twitter hat den Zugang zu den gelöschten Tweets gesperrt.

Ein Zusammenschluss aus mehreren Rechtsorganisationen, darunter die Open State Foundation, die Electronic Frontier Foundation, Human Rights Watch, die Sunlight Foundation, Access und Free Press, kritisierte die Entscheidung des Bloggingdienstes. In einer gemeinsamen Stellungnahme heißt es, dass das Zugangsverbot durch Twitter „schwerwiegende Konsequenzen für die freie Meinungsäußerung und Transparenz in der ganzen Welt hat“. In einem offenen Brief haben sich die Organisationen Anfang September an Twitter gewandt, um das Unternehmen zu einer Kehrtwende zu bewegen. [mp]

- ▶ Offener Brief an Twitter (engl.): [www.accessnow.org/pages/open-letter-twitter-restore-politwoops-access-api](http://www.accessnow.org/pages/open-letter-twitter-restore-politwoops-access-api)
- ▶ [www.politwoops.de](http://www.politwoops.de)

Daten zur Umwelt 2015

## Größtes Sorgenkind: Verkehr

■ Anfang August hat das Umweltbundesamt (UBA) die Daten zur Umwelt 2015 in Berlin vorgestellt. Der größte Handlungsbedarf bestehe in Deutschland vor allem im Bereich Verkehr. Er hat einen Anteil von 18 Prozent an den gesamten Treibhausgasemissionen. Der Straßenverkehr stellt mit 95 Prozent den größten Anteil an den hohen Emissionswerten. „Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, der seine Emissionen seit 1990 nicht mindern konnte“, sagte die UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. Deswegen seien die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf Schienen- oder Schiffsverkehr und die Einführung der Lkw-Maut für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen sinnvoll.

Auch der Stickstoffüberschuss, verursacht durch die Landwirtschaft, stellt die Bundesrepublik weiterhin vor Probleme. Krautzberger appelliert deshalb an die Po-

litik, die Problematik bei der laufenden Revision der Düngeverordnung anzugehen. Handlungsbedarf gebe es auch bei dem Einsatz von Rohstoffen. Das Ziel, gegenüber 1994 die Ressourcenproduktivität bis 2020 zu verdoppeln, sei erst etwa zur Hälfte erreicht.

Für den Bereich Wasser zog das UBA eine durchwachsene Bilanz. Zwar weisen Trinkwasser und Badegewässer in Deutschland fast überall eine sehr gute Qualität auf, jedoch hat sich der ökologische Zustand einiger Flüsse, Seen und Küstengewässer in Nord- und Ostsee verschlechtert. Positiv sei aber das verbesserte Recyclingverhalten der Deutschen: Etwa 70 Prozent aller Abfälle wurden 2012 recycelt. Deutschland nimmt damit eine der Toppositionen im Vergleich zu anderen Ländern in der EU ein. [mp]

- ▶ Presseinformation des UBA: [www.kurzlink.de/ubaumweltdaten2015](http://www.kurzlink.de/ubaumweltdaten2015)

Europäischer Gerichtshof

## Mehr Transparenz erforderlich

■ Im Juli hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) in Luxemburg zwei Gerichtsentscheidungen für mehr Transparenz in der umweltpolitischen Arbeit von europäischen Regierungen und im Umgang mit Expertenmeinungen gefällt.

Laut dem Urteil in der Rechtssache C 612/13 haben EU-Bürger ein Anrecht zu erfahren, ob und wann ihre nationale Regierung gegen geltendes Umweltrecht verstoßen hat. Der EuGH stellt sich damit gegen die Forderungen der Kommission. Diese drängte darauf, vertrauliche Studien über EU-Länder, die gegen Umweltrecht verstoßen, einzubehalten.

Anais Berthier, Anwältin bei ClientEarth, lobte diese Entscheidung als positive Entwicklung zu mehr Transparenz und Offenheit. Dennoch decke das Gesetz nicht alle Bereiche des Umweltrechts ab, in denen es zu Verstößen kommen kann. In einigen Fällen sind laut Berthier noch Verhandlungen hinter geschlossenen Türen möglich. In diesen Fällen muss das Gericht

der EU (EuG) nun prüfen, ob die Forderungen der Kommission nach vertraulicher Behandlung tatsächlich gerechtfertigt sind. Eine Entscheidung wird Ende 2015 oder Anfang 2016 erwartet.

Im Urteil C615/13 des EuGH gaben die Richter den Klägern von ClientEarth und dem Pestizid Aktions-Netzwerk Europa mit ihrer Beschwerde gegen die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) recht. Die EFSA ist von nun an verpflichtet, die Namen und weitere Angaben von Experten zu veröffentlichen, die in Gutachten einschätzen, welche Chemikalien in Lebensmitteln verwendet werden dürfen. Die Veröffentlichung soll eine zu enge Verbindung der Gutachter zu den herstellenden Unternehmen verhindern und gleichzeitig den Druck und die Einflussnahme durch Unternehmen stoppen. „Mit dieser Entscheidung wissen wir nun immer, wer diese Substanz als unbedenklich eingestuft hat und wem diese Person loyal gegenübersteht“, sagte Vito Buonsante, Anwalt bei ClientEarth. [mp]

- ▶ [www.kurzlink.de/Urteil-C-612-13](http://www.kurzlink.de/Urteil-C-612-13)
- ▶ [www.kurzlink.de/clientearth-c-612-13](http://www.kurzlink.de/clientearth-c-612-13)
- ▶ [www.kurzlink.de/clientearth-c-615-13](http://www.kurzlink.de/clientearth-c-615-13)

## VERKEHR & TOURISMUS

Flugverkehr

## NGOs fordern Klimaabgabe

■ Damit Fliegen umweltfreundlicher wird, haben im August mehrere Umwelt-, Entwicklungs- und Verkehrsverbände, darunter der BUND, der DNR, das FÖS und Robin Wood appelliert, die Luftfahrt am Klimaschutz zu beteiligen.

Die Allianz von NGOs kritisiert das von der großen Koalition geplante Luftverkehrskonzept, das derzeit federführend das Bundesverkehrsministerium (BMVI) erarbeitet, denn es vernachlässige die Klimaschutzziele und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Die Verbände haben ein alternatives

Luftverkehrskonzept vorgelegt und fordern die Einführung einer verbindlichen Klimaabgabe. Die Einnahmen daraus müssten zu einem festgelegten Anteil für die UN-Klimafonds Green Climate Fund oder Adaptation Fund verwendet werden, heißt es in dem Papier. „Damit können Programme zur Minderung von Treibhausgasemissionen und Klima-Anpassungsmaßnahmen in den wirtschaftsschwächsten und vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern finanziert werden“, sagte Annegret Zimmermann, Referentin für Klimagerechtigkeit von Brot für die Welt.

Zudem könnten nach den Berechnungen der NGOs in den nächsten Jahren 200.000 Flüge ohne Zeitverlust für Passagiere und ohne neue Investitionen auf die Schiene verlagert werden. „Das Airrail-System erweist sich als gute Lösung und kann auf die dafür geeigneten Strecken ausgeweitet werden. Der Gepäcktransport für Zubringer- und Verteilverkehr zu Drehkreuzflughäfen und das Bahnangebot insgesamt müsste durch Sprinterzüge und mehr Zuverlässigkeit und Komfort optimiert werden“, sagte Michael Müller-Görnert vom VCD.

Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger ist auch erklärtes Ziel der europäischen Verkehrspolitik. So heißt es, die Verkehrspolitik der Europäischen

Union ziele darauf ab, mithilfe integrierter Netzwerke für alle Verkehrsträger (Straße, Schiene, Wasser und Luft) EU-weit für einen reibungslosen, effizienten, sicheren und freien Personen- und Warenverkehr zu sorgen. Die EU-Politik befasst sich auch mit den Auswirkungen des Klimawandels und der Senkung der Kohlenstoffemissionen im Verkehrssektor. Die Maßnahmen dazu stützen sich auf das Weißbuch Verkehr aus dem Jahr 2011. [mbu]

- ▶ NGO-Luftverkehrskonzept:  
[www.kurzlink.de/luftverkehr0715](http://www.kurzlink.de/luftverkehr0715)
- ▶ Gemeinsame NGO-Pressemitteilung:  
[www.dnr.de/presse/presseinformatio-04082015.html](http://www.dnr.de/presse/presseinformatio-04082015.html)
- ▶ EU-weißbuch Verkehr.  
[www.kurzlink.de/eu-verkehr2011](http://www.kurzlink.de/eu-verkehr2011)

#### Gigaliner

### Groß und gefährlich

■ Ende August haben mehrere Verkehrsorganisationen in Berlin gegen Riesen-Lkws demonstriert. Momentan sind die überlangen und besonders schweren Lastwagen in Deutschland noch in der Testphase, doch Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wirbt für deren Zulassung.

VerkehrspolitikerInnen in Deutschland und der EU kritisieren die Pläne. „Für Deutschland sind sie zu groß und zu gefährlich, unsere Infrastruktur ist weder für 60-Tonner noch für eine Lkw-Länge von 25,25 Metern ausgelegt“, sagte Michael Ziesak, Bundesvorsitzender des ökologischen Verkehrsclubs VCD. Für die kostspieligen Umbauten von Tunneln, Brücken und Rastplätzen werde außerdem die Allgemeinheit zur Kasse gebeten, während die Gewinne an die Transportindustrie gingen. Jörg Hensel, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats von DB Schenker Rail, warnte zudem vor erheblichen Arbeitsplatzverlusten im Schienengüterverkehr.

Viele KritikerInnen der Gigaliner berufen sich auf eine aktuelle Studie der Technischen Hochschule Wildau. Demnach würden bei einer Zulassung etwa acht Milliarden Tonnenkilometer vom Schienen- auf den Straßenverkehr umgeleitet. Dies ergäbe etwa 7.000 zusätzliche Lkw-Fahrten pro Tag in Deutschland. „Die Behauptung, dass der Riesen-Lkw sogar ein Beitrag zum Umweltschutz im Güterverkehr sein könne, ist mit unseren Berechnungen widerlegt“, sagte Herbert Sonntag, einer der Autoren der Studie. [mp]

- ▶ [www.vcd.org](http://www.vcd.org)
- ▶ Studie: [www.kurzlink.de/riesenlkw-thwildau15](http://www.kurzlink.de/riesenlkw-thwildau15)
- ▶ [www.nomegatrucks.eu](http://www.nomegatrucks.eu)

Umdenken für einen positiven Fußabdruck. Kreisläufe schaffen - Abfall ist Nahrung

[www.c2c-kongress.de](http://www.c2c-kongress.de)  
#C2CK15

CRADLE  
C TO CRADLE  
2 KONGRESS  
C 2015



CRADLE TO CRADLE E.V.

SA | 31. OKTOBER  
LÜNEBURG

Schirmherrschaft:



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit



LEUPHANA  
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

Institutionelle Partner:



FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG



HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

Hans Böckler  
Stiftung



Otto  
Brenner  
Stiftung



**Netzwerk 21  
Kongress**

Verleihung des  
Preises  
Zeitzeiche(N)

Foto: © Andrew Bayda – fotom

**Zukunft braucht alle – lokal und global**

9. Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress  
für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen

**4. und 5. November 2015 in LÜBECK**

→ Ort: Musik- und Kongresshalle ←

[www.netzwerk21kongress.de](http://www.netzwerk21kongress.de)

### Weißbuch Verkehr

## Umsetzungsplan des Verkehrsausschusses

■ Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments sieht Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Ziele des EU-Weißbuches Verkehr von 2011. Im Sommer legte er einen entsprechenden Bericht dazu vor. Im Weißbuch stehen die Pläne der EU-Kommission, den Verkehr bis 2050 sauberer, sicherer, verlässlicher und wirkungsvoller zu machen. „Es scheint, als gäbe es eine erhebliche Lücke zwischen den Zielen und den Mitteln, mit denen diese erreicht und finanziert werden sollen“, heißt es im Bericht des Ausschusses.

Einen wichtigen Eckpfeiler für eine gelungene Umsetzung sehen die Abgeordneten beispielsweise in der Stärkung wirtschaftlicher Akteure. Ziel der EU-Kommission sollte es sein, den europäischen Transport- und Logistiksektor wettbewerbsfähig zu halten und technische Standards aufzuwerten. Auch bei der Reduzierung von Treibhausgasen sieht der Verkehrsausschuss Handlungsbedarf. Bisher ist der Verkehr für 25 Prozent des gesamten Ausstoßes in der EU verantwortlich. Mit einer Abkehr vom Öl und der Investition in neue und saubere Technologien sollen das Wirtschaftswachstum angekurbelt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Darüber hinaus setzt sich der Ausschuss für eine stärkere Nutzung des Schienen- und Schiffsverkehrs ein. Voraussetzung dafür sei die Fertigstellung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V). [mp]

- ▶ Bericht des Verkehrsausschusses (engl.): [www.kurzlink.de/trans2907](http://www.kurzlink.de/trans2907)

### CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkws

## Strengere Tests gegen Tricks

■ Abgeordnete des Europaparlaments haben im Umweltausschusses im September mitgeteilt, den Vorschlag der EU-Kommission zu den CO<sub>2</sub>-Testverfahren für Neuwagen abzulehnen, sollte sie bestehen-

de Standards schwächen. Das berichtete der EU-Umweltdienst ENDS Europe.

Neue Verfahren sollen die tatsächlichen Emissionen von Fahrzeugen besser widerspiegeln. Die bisherigen Tests sind ungenau und lassen den Herstellern Raum, sie unter unrealistischen Bedingungen durchzuführen und deren Ergebnisse zu schönen.

Im September wurde bekannt, dass der Autohersteller VW die Abgaswerte von Dieselwagen in den USA manipuliert hat. Auch in Europa und weltweit sind offenbar Millionen von Autos betroffen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) weisen seit Langem auf solche Manipulationen hin.

Die Kommission und der Rat prüfen derzeit zwei neue Testverfahren: den RDE (Real-Driving-Emissions-Test) zur Ermittlung von Luftverschmutzung und den WLTP (Worldwide Harmonized Light Vehicles Test Procedure) zur Feststellung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Neuwagen.

Die Mitglieder des Umweltausschusses kündigten an, dem RDE nur zuzustimmen, wenn er die Euro-6-Abgasnormen berücksichtigt. Diese sind im September in Kraft getreten und schreiben vor, dass Fahrzeuge nicht mehr als 80 Milligramm Stickoxide pro Kilometer ausstoßen dürfen. Den WLTP wollen die Abgeordneten nur unterstützen, wenn er sich an CO<sub>2</sub>-Zielen für Pkws und Kleintransporter orientiert. [mbu, mp, ej]

- ▶ ENDS Europe: [www.endsurope.com](http://www.endsurope.com) (10.9.2015)
- ▶ [www.kurzlink.de/duh-abgastricks09.15](http://www.kurzlink.de/duh-abgastricks09.15)
- ▶ [www.kurzlink.de/vcd-abgastricks09.15](http://www.kurzlink.de/vcd-abgastricks09.15)

### WASSER & MEERE

### Europas Meere

## Weder gesund noch sauber

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) zeigt in ihrem ersten Bericht zum Zustand der Meere, dass die Meere zwar produktiv sind, aber auf Kosten des marinen Ökosystems.

Laut Bericht gibt es Verbesserungen im Vergleich zu den letzten Jahren, dennoch ist die Nutzung der Meere nicht nachhaltig. Die bisherige Nutzung bedrohe die Produktivität, das marine Ökosystem und das Wohlbefinden der Menschen.

58 Prozent der bewerteten kommerziellen Fischbestände seien in einem schlechten Umweltzustand. Trotzdem habe sich die Situation der eher „traditionellen“ Problemlagen wie der Überfischung, der Eutrophierung und dem Schutz der Biodiversität verbessert.

Zudem kritisiert der Report die Strategie des Blauen Wachstums der EU-Kommission. Die AutorInnen befürworten eine engere Verzahnung von Blauem Wachstum mit „produktiven“ Meeren auf der einen und einem gesünderen und sauberen Meer auf der anderen Seite. [mk]

► [www.eea.europa.eu/publications/state-of-europes-seas](http://www.eea.europa.eu/publications/state-of-europes-seas)

## Ostseefischfang

### EU-Kommission malt Überfischung rosa

■ Im September hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für Fangmöglichkeiten in der Ostsee für 2016 vorgestellt. Sieben der zehn vorgeschlagenen Fangmöglichkeiten entsprechen demnach dem Prinzip des höchstmöglichen Dauerertrags.

Die EU-Kommission hat für die Ostsee Fischfangquoten von zehn Fischbeständen vorgeschlagen. Neu dabei ist die Scholle. Durch die seit Anfang 2014 in Kraft getretene Reform der gemeinsamen Fischereipolitik können in der Ostsee so viele Fischbestände nachhaltig befischt werden wie noch nie. Orientierung gibt der höchstmögliche Dauerertrag, kurz MSY (maximum sustainable yield). Er gilt als Richtwert für die Fangquoten, die größtmögliche Fangmenge, die einem gesunden Fischbestand jährlich abgefischt werden kann, ohne dass seine Fortpflanzungsfähigkeit gefährdet wird. Hering, Sprotten und Scholle können bereits zukunftsver-

träglich gefischt werden, der Dorsch ist aber teilweise überfischt.

Trotz vorliegenden wissenschaftlichen Empfehlungen hat die Kommission keine Fangmöglichkeiten für den stark überfischten Westlichen Dorsch festgelegt. Die EU-FischereiministerInnen hatten sich 2014 darauf geeinigt, die Fanggrenzen für 2016 in Einklang mit dem höchstmöglichen Dauerertrag zu setzen.

Umweltverbände kritisieren die Kommission, da diese fälschlicherweise behauptet, die vorgeschlagenen Fangmöglichkeiten von 41.143 Tonnen für den Östlichen Dorsch würden dem Gutachten des Internationalen Rats für Meeresforschung (ICES) entsprechen. ICES hatte maximale Fangmöglichkeiten von 29.220 Tonnen vorgeschlagen. Für Markus Knigge vom Europäischen Meeresprogramm Pew Charitable Trusts malt die Kommission die Überfischung rosa und läuft somit Gefahr, die Implementierung der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik zu untergraben.

Der vorliegende Vorschlag wird im Ministerrat Ende Oktober verhandelt und beschlossen. Erst dann gelten die Fangquoten ab Anfang nächsten Jahres. [mk]

► [www.kurzlink.de/PM-Ostseefisch](http://www.kurzlink.de/PM-Ostseefisch)

## Europäische Bürgerinitiative

### Recht auf Wasser

■ Das EU-Parlament hat Anfang September die europäische Bürgerinitiative Right2Water gegen die Privatisierung der Wasserversorgung unterstützt. Es fordert die Kommission auf, das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung gesetzlich zu verankern.

Nachdem die Initiative 2013 erfolgreich war, hatte der Umweltausschuss des EU-Parlaments im Juni das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung in der Europäischen Union gefordert. In der aktuellen Abstimmung konnten sich die Fraktionen der Grünen, der Sozialdemokraten und der Linken gegen die Liberalen und Konservativen durchsetzen. Die Frak-

tionen der Rechtskonservativen, der Konservativen und der Liberalen hatten zuvor versucht, die Bürgerinitiative mit einer Alternativresolution zu Fall zu bringen.

Der EU-Abgeordnete der Grünen Sven Giegold sagte: „Es ist gut und wichtig, dass das Europäische Parlament ein klares Signal an die EU-Kommission für das Recht auf Wasser gibt. Dazu gehört auch die Ablehnung von Public Private Partnerships. Der Versuch der konservativen, rechtskonservativen und liberalen Abgeordneten, einer Initiative von knapp zwei Millionen Europäerinnen und Europäern den Garaus zu machen, war ein Skandal. Nie zuvor hatten so viele Menschen gegen einen Gesetzesvorschlag auf EU-Ebene mobilisiert. Damit die Menschen neues Vertrauen in die EU-Institutionen finden, müssen solche Initiativen ernst genommen werden.“ [mk]

► [www.kurzlink.de/EP-PM\\_zu\\_R2W](http://www.kurzlink.de/EP-PM_zu_R2W)

► [www.kurzlink.de/R2W-GiegoldKommentar](http://www.kurzlink.de/R2W-GiegoldKommentar)

## Schweinswale

### Schallschutz für die Ostsee

■ Laut Medienberichten erwägt das Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz die Entwicklung eines Schallschutzkonzepts für Schweinswale in der Ostsee noch in dieser Legislaturperiode. Bisher existiert ein solches Konzept nur für die Nordsee.

Die wissenschaftlichen Vorarbeiten für ein Ostseeschallschutzkonzept seien bereits abgeschlossen, bekräftigte der Direktor des Deutschen Meeresmuseums in Stralsund Harald Benke bei einem Besuch der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. In der Ostsee leben circa 450 Schweinswale. Jedes Jahr sterben aber rund 35 Tiere an den Folgen des Meereslärms, wenn beispielsweise Windkraftanlagen in den Meeresboden gerammt werden. Die Wale können dann ihre Nahrung und ihre Jungen nicht mehr orten und verhungern. [mk]

► [www.kurzlink.de/HendricksAufYouTube](http://www.kurzlink.de/HendricksAufYouTube)

► [www.kurzlink.de/Schweinswalekonzept](http://www.kurzlink.de/Schweinswalekonzept)

## WIRTSCHAFT &amp; RESSOURCEN

Erdreserven**Menschheit verbraucht Ressourcen immer schneller**

■ Am 13. August waren die für 2015 zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen der Erde bereits aufgebraucht. Damit tritt der Welterschöpfungstag (Overshoot Day) sechs Tage früher ein als noch 2014. Seitdem zehrt die Weltbevölkerung an den Reserven unseres Planeten und konsumiert mehr, als von der Erde regeneriert werden kann.

Rolf Buschmann, Experte für Ressourcenschutz beim BUND kritisiert diese Entwicklung: „Auf lange Sicht wird unser Planet uns keinen Kredit mehr geben können. Wir verbrauchen immer schneller immer mehr.“

Zum dreißigsten Mal in Folge sind die stillen Reserven der Erde für das laufende Jahr aufgebraucht. Fiel der Ökoschuldentag im Jahr 1987 noch auf den 19. Dezember, tritt er 2015 früher ein als jemals zuvor. Gründe für diese Entwicklung sind vor allem das schnelle Bevölkerungswachstum, der weltweit steigende Konsum und der wachsende Verbrauch von nicht erneuerbaren Rohstoffen wie Öl, Gas oder Mineralien. Nach Berechnungen der internationalen Nachhaltigkeitsorganisation Global Footprint Network bräuchte die Weltbevölkerung inzwischen 1,6 Erden, um ihren Bedarf decken zu können. Im Jahr 2030 sollen es schon zwei Erden sein.

Die Übernutzung der Erde macht sich vor allem in Form des Klimawandels bemerkbar. Polkappen schmelzen, Meere übersauern, der Boden erodiert. Ein besserer Ressourcenschutz und ein Ausstieg aus der fossilen Energie könnten Lösungen für die Problematik sein. Der Präsident des Global Footprint Network Mathis Wackernagel sieht vor allem in Letzterem eine große Chance: „Der Ausstieg aus der fossilen Energie, wie er momentan weltweit in Vorbereitung für den Klimagipfel in Paris diskutiert wird, kann den Footprint der Menschheit wieder auf eine gesunde Größe reduzieren.“ [mp]

- ▶ [www.umweltbundesamt.de/themen/earth-overshoot-day-2015-wir-leben-jetzt-von-der](http://www.umweltbundesamt.de/themen/earth-overshoot-day-2015-wir-leben-jetzt-von-der)
- ▶ [www.kurzlink.de/bund-overshoot-2015](http://www.kurzlink.de/bund-overshoot-2015)

Weltbankkredite**Neue Vergabekriterien**

■ Die Weltbank hat im August aktuelle Sozial- und Umweltkriterien für die Vergabe von neuen Krediten vorgestellt. Während die Weltbank selbst ihren Vorstoß als „großen Schritt nach vorn“ präsentiert, kritisieren Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen die neuen Standards scharf. Sie stünden in Widerspruch zu dem Versprechen von Weltbankpräsident Jim Yong Kim, dass die neuen Regelungen bestehende Schutzmaßnahmen nicht abschwächen werden.

„Die Bank versucht, über 30 Jahre erkämpfte Schutzstandards für die Ärmsten der Welt über Bord zu werfen“, sagte Korinna Horta von der deutschen Entwicklungsorganisation Urgewald. „Wenn die Weltbank so komplexe Probleme wie Armut, Klimawandel, Entwaldung und Artenschwund ernsthaft angehen will, darf sie sich nicht so einfach aus der Verantwortung ziehen. Schwache Standards erhöhen vielleicht den Kapitalabfluss, aber tun nichts für den Schutz von Umwelt und Mensch, die im Zentrum ihrer Entwicklungsziele stehen sollten“, so Horta weiter.

Die endgültige Entscheidung über die neuen Schutzstandards zur Kreditvergabe wird die Weltbank voraussichtlich Ende des Jahres treffen. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/oxfam-weltbank](http://www.kurzlink.de/oxfam-weltbank)
- ▶ [www.urgewald.org/presse/weltbank-will-umwelt-sozialstandards-weiter](http://www.urgewald.org/presse/weltbank-will-umwelt-sozialstandards-weiter)
- ▶ [www.kurzlink.de/wb-safeguardpolicies](http://www.kurzlink.de/wb-safeguardpolicies)

TISA-Abkommen**Uruguay steigt aus**

■ Uruguay hat Anfang September angekündigt, die Verhandlungen zum internationalen Dienstleistungsabkommen TiSA

(Trade in Services Agreement) verlassen zu wollen. Eine endgültige Entscheidung wird im Oktober fallen. Bisher nehmen 50 Staaten an den Verhandlungen teil, darunter auch alle Mitgliedstaaten der EU. Die Verhandlungen finden außerhalb des Rahmens der Welthandelsorganisation (WTO) statt, weshalb die Transparenzregeln der WTO nicht angewendet werden. Das Abkommen wird jedoch weltweit große Auswirkungen haben. Die Liberalisierung von Dienstleistungen kann Bereiche wie Energie- und Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung oder Medien umfassen.

Die Veröffentlichung einiger TiSA-Verhandlungstexte durch Wikileaks im Juni 2015 zeigt, dass der Verhandlungstext des TiSA die teilnehmenden Staaten beispielsweise dazu verpflichtet, transnationale Unternehmen zu unterrichten und zu konsultieren, wenn Entscheidungen und Maßnahmen deren Interessen betreffen könnten.

Die Ankündigung Uruguays, den Verhandlungstisch verlassen zu wollen, könnte auch weitere Staaten dazu bewegen, sich den Verhandlungen über TiSA zu entziehen. [lr]

- ▶ [www.kurzlink.de/uruguay-tisa-telesur](http://www.kurzlink.de/uruguay-tisa-telesur)
- ▶ [www.bilaterals.org](http://www.bilaterals.org)

Freihandelsabkommen**Aktionstag gegen TTIP & CETA**

■ Am 10. Oktober 2015 findet ein bundesweiter Aktionstag gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) statt. In Berlin startet um 12 Uhr eine Großdemonstration am Hauptbahnhof.

Die Demonstration will auf die Gefahren der Abkommen für Standards im Umweltschutz, Verbraucherschutz und ArbeitnehmerInnenrecht sowie für nachhaltige Landwirtschaft und kulturelle Vielfalt aufmerksam machen. Der Protest richtet sich gegen das Untergraben von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. [lr]

- ▶ [www.ttip-demo.de/home](http://www.ttip-demo.de/home)

## THEMA

## Das gute Leben in Deutschland und Buen Vivir

**Gut zu leben darf nicht auf Kosten anderer zustande kommen. Ein Lebensstil, der nur auf Kosten anderer möglich ist, verdient nicht das Prädikat gut. Fest steht, dass wir Land und Ressourcen anderer verbrauchen und unser Lebensstil nicht verallgemeinerbar ist, weil wir keinen zweiten Planeten in Reserve haben, mahnt der Berliner Sozialwissenschaftler und Autor Thomas Fatheuer.**

■ Gutes Leben kann nicht einfach eine Anhäufung von Konsumwünschen sein: eine tolle Wohnung, ein komfortables Auto, spannende Fernreisen. Ein gutes Leben in Deutschland kann und darf nicht auf Kosten anderer zustande kommen. Ein Lebensstil, der nur auf Kosten anderer möglich ist, verdient den Namen gutes Leben nicht. Deshalb steht die Frage im Mittelpunkt: Wie kann ich gut leben, ohne die natürlichen Ressourcen zu übernutzen und über die Maßen zum Klimawandel beizutragen? Wie kann aus einem Weniger an Verbrauch ein Mehr an Lebensqualität entstehen?

In Südamerika haben vor einigen Jahren Bolivien und Ecuador das gute Leben (Buen Vivir) als Ziel in ihre Verfassungen geschrieben. In beiden Ländern stellen indigene Gruppen einen großen Teil der Bevölkerung und aus ihren Traditionen stammt das Konzept: „Buen Vivir ist die spanische Übersetzung für *sumak kawsay*, ein Begriff aus der ecuadorianischen Quechua-Sprache, oder *suma qamaña* aus dem bolivianischen Aymara.“ In beiden Ländern sind spürbare Verbesserungen für die arme Bevölkerung eingetreten: Die Landrechte der indigenen Bevölkerung sind gesichert, die Konzentration der Einkommen hat sich verringert und die Zahl der Menschen, die in Armut leben, ist zurückgegangen.

Gutes Leben wird im Buen-Vivir-Konzept als ein Leben in Gemeinschaft definiert. Es geht nicht um einen Lebensentwurf für Individuen. Und dieses Konzept ist nicht nur für indigene Völker interessant. Es gibt auch in der deutschen Gesellschaft gemeinschaftsbasierte Systeme, etwa ein solidarisches Gesundheitssystem, das nicht alle Risiken auf die Einzelnen abwälzt. Auch öffentliche Schulen sind ein gutes Beispiel, dass Gemeinschaft bei uns existiert und wichtig ist. Es gibt Länder, in denen weder die öffentlichen Schulen noch das Gesundheitssystem funktionieren – es sei denn man

hat das nötige Geld. Ein weiteres Beispiel für die gemeinschaftliche Organisation gesellschaftlicher Aufgaben ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Auch ihn halte ich für eine großartige Errungenschaft und zivilisatorischen Fortschritt – dem Individualverkehr weit überlegen. Erhaltung und Ausbau solcher gemeinschaftlichen, öffentlichen Strukturen sind wichtige Bausteine für das, was ich unter gutem Leben verstehe.

### Der Wandel hat begonnen

Viele Menschen sind bei uns in Vereinen organisiert, engagieren sich ehrenamtlich in Umweltgruppen und sozialen Netzwerken. Und neue Formen von Gemeinschaft werden überall sichtbar: Urban Gardening, fairer Handel solidarische Wirtschaft, Aufbau regionaler Direktvermarktung. Alles Beispiele für Entwicklungen, die aus der Logik von Konkurrenz und Wettbewerb ausbrechen wollen und neue, gemeinschaftliche Formen des Wirtschaftens und Lebens suchen.

Ein wesentliches Element des Buen Vivir ist das Verhältnis zur Natur. „In Harmonie mit der Natur leben“, lautet eine der wichtigsten Forderungen. Buen Vivir zielt auf eine grundlegende Neubestimmung unserer Beziehung zur Natur. Ecuador und Bolivien haben auch die Idee von den „Rechten der Natur“ aufgegriffen, in Ecuador hat sie nun sogar Verfassungsrang. Natur ist damit mehr als eine auszubeutende Ressource oder eine Dienstleisterin für die Menschen, ihr wird eine eigene Würde zuerkannt.

Naturzerstörung, Ausrottung von Arten, Umweltverschmutzung und Klimawandel – all das passt nicht zum guten Leben. Und das passiert ja nicht alles nur in fernen Ländern, sondern auch bei uns in Deutschland. Uns gelingt es nicht, den Artenverlust zu stoppen oder den Abbau von Kohle schnellstmöglich einzustellen. Eins der erschütterndsten Beispiele und vielleicht der krasseste Ausdruck der zer-

störerischen Beziehung zur Natur ist die Massentierhaltung. Ich kann mir daher das gute Leben auch nicht als individuellen Entwurf vorstellen. Durch den Verzehr von Biofleisch oder die Hinwendung zu einer veganen Lebensweise wird die Massentierquälerei ja nicht beendet.

Es ist eine Binsenweisheit, dass unser Konsumstil nicht nachhaltig ist. Ich versuche also meinen Konsumstil zu ändern, weniger Fleisch zu essen, möglichst nicht zu fliegen, mehr Zeit in der Natur zu verbringen. Meine Leitidee ist dabei nicht der Verzicht, sondern eben das gute Leben: Wenn ich mir über die sozialen und ökologischen Konsequenzen meines Lebensstils Gedanken mache, dann suche ich nach neuen Orientierungen, nach Änderungen, nach etwas Besserem, ohne mich selbst zu quälen und kasteien.

Auch hier sind Überlegungen aus Lateinamerika hilfreich. Die Denker des Buen Vivir sagen immer wieder, dass es nicht *das* gute Leben geben kann. Buen Vivir müsse man immer im Plural denken. Ich kann mir das gute Leben tatsächlich nicht als ein Konzept vorstellen, das festgeschrieben und oktroyiert wird. Ich sehe Buen Vivir eher als einen Wegweiser für die Richtung, in die ich denken und leben will. Vielleicht kann man es sich auch als einen Baukasten vorstellen, dessen Elemente auf verschiedenste Weise kombiniert werden können. Aber es gibt auch Elemente, die nicht in diesen Baukasten passen – dazu gehören etwa die Massentierhaltung, großflächige Monokulturen, die Übersäuerung der Gewässer, die Zerstörung des Regenwaldes.

Ermutigend fand ich, dass sich fast alle Gedanken, die ich hier kurz angerissen habe, in der sogenannten Öko-Enzyklika (*Laudato si*) des Papstes finden: „Der Rhythmus des Konsums, der Verschwendung und der Veränderung der Umwelt hat die Kapazität des Planeten derart überschritten, dass der gegenwärtige Lebensstil

nur in Katastrophen enden kann.“ Ich kann mir ein gutes Leben nur als Antwort auf diese Herausforderungen vorstellen – und genau so ist im Ansatz das Buen Vivir angelegt. Laudatio si zeigt, dass solche Denkansätze nicht nur in indigenen Traditionen, sondern auch in unserer Gedankenwelt lebendig sind. Aber in unserer Politik steht immer noch die Frage im Mittelpunkt: Wie können wir schneller wachsen? Das gute Leben stellt die Frage anders: Wie können wir gut leben und dabei aus der Dynamik der Zerstörung aussteigen? [Thomas Fatheuer]

Der Beitrag ist ein Auszug aus einem Artikel, der in voller Länge unter: [www.nachhaltigkeits-check.de/blog/expertinneninterview](http://www.nachhaltigkeits-check.de/blog/expertinneninterview) nachzulesen ist.

- ▶ Thomas Fatheuer, KoBra – Kooperation Brasilien, Berlin, [www.kooperation-brasilien.org/de](http://www.kooperation-brasilien.org/de)

Mittelpunkt. Die TeilnehmerInnen kritisieren vor allem den zu großen Ressourcenverbrauch für einen stark konsumorientierten Lebensstil, dessen negative Folgen weltweit zu spüren sind. Niebert forderte, nicht an Wachstum festzuhalten, sondern erwachsen zu werden. Deutschland müsse sich seiner internationalen Verantwortung bewusst werden. Lebensqualität nur auf nationaler Ebene zu betrachten, reiche nicht aus.

Die Beiträge der TeilnehmerInnen ergänzten sich gut. Denn ob ein Kleingarten durch einen Autobahnbau vertrieben wird oder ob im Nigerdelta Tausende Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren, damit Shell nach Öl bohren kann – die Wurzeln für diese Probleme liegen nah beieinander. [jw, he]

- ▶ DNR, Projekt Lust auf Zukunft, Hauke Ebert, E-Mail: [hauke.ebert@dnr.de](mailto:hauke.ebert@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de)

Dass eine Zusammenarbeit mit Bergbaubetreibern und Bergbehörden funktionieren kann, zeigt das Beispiel des Höhlensystems Herbstlabyrinth im hessischen Breitscheid. Seit die Höhlengänge in einem aktiven Steinbruch entdeckt wurden, konnten sich die HöhlenforscherInnen als ExpertInnen gegenüber Amt und Betreiberfirma etablieren und Kompromisse erzielen, die sowohl Abbau- als auch Höhlenschutzinteressen berücksichtigen.

Beinahe wäre der Höhlenfund allerdings nicht bekannt geworden. Nur durch einen Zufall haben die HöhlenforscherInnen davon erfahren. Hier zeigt sich ein weiteres Defizit des geltenden Bergrechts: Untergrunddaten sowie die Entdeckung von Höhlen oder anderen geologischen Besonderheiten müssen nicht angezeigt oder veröffentlicht werden, sondern fallen unter das Betriebsgeheimnis. Auch hier ist mehr Transparenz erforderlich, um nicht zahlreiche Höhlensysteme und Naturphänomene unbemerkt und auf Dauer zu zerstören. [dh]

- ▶ DNR-Projekt Reform des Bundesberggesetzes, Daniel Hiß, Tel. +49 (0)30 / 6781775-72, E-Mail: [daniel.hiss@dnr.de](mailto:daniel.hiss@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

DNR INTERN

BürgerInnendialog BMU

### Wachstumskritik im Fokus

■ Am 7. September sind gut 40 BürgerInnen der Einladung von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zum Dialog über „Gutes Leben“ in eine Kleingartenanlage in Berlin-Neukölln gefolgt. Neben Ministerin Hendricks und dem Neuköllner Bundestagsabgeordneten Fritz Felgentreu (SPD) gehörte DNR-Präsidiumsmitglied Kai Niebert zur festen Podiumsgruppe. Die TeilnehmerInnen konnten abwechselnd auf dem Podium ihre Anliegen einbringen.

Zwei zentrale Themen der Ministerin waren Wirtschaftswachstum und Stadtentwicklung. Felgentreu wies auf die Schwierigkeiten für Kleingärten in einer wachsenden Stadt hin. Kleingärten seien Orte der sozialen Begegnung, und obendrein wichtig für das Stadtklima. Die Anwesenden forderten zudem ein Umdenken in der Verkehrspolitik mit einer Abkehr von der Autofixiertheit. Zudem stand eine Debatte über das Wirtschaftssystem und globale Gerechtigkeit im

Bergrechtsreform

### Ein gemeinsames Anliegen

■ In Deutschland setzt das Bundesberggesetz den maßgeblichen Rechtsrahmen für den Abbau von Bodenschätzen – ohne Rücksicht auf Umwelt- und Naturschutz oder die Interessen betroffener Bürgerinnen und Bürger. Das Bergrecht muss daher dringend reformiert werden. Das fordert auch der Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK). In einem gemeinsamen Workshop haben DNR und VdHK Anfang September ihre Sichtweisen auf das Bundesberggesetz ausgetauscht und den Reformbedarf des Bergbaurechts erörtert.

Für die Höhlen- und Karstforschung gibt es viele Berührungspunkte mit Bergämtern und Bergrecht – etwa bei der Eröffnung und Instandhaltung von Schauhöhlen. Das Kernanliegen der Höhlen- und KarstforscherInnen ist aber, mit ihrer Sachkenntnis von den zuständigen Behörden anerkannt zu werden. Das teilen auch Natur- und Umweltschutzverbände. Schließlich ist die Beteiligung der Öffentlichkeit und anerkannter Naturschutzverbände im bergrechtlichen Verfahren nicht vorgesehen und nur dann möglich, wenn ein Bergbauvorhaben UVP-pflichtig ist.

Fachkongress 2016

### 33. Deutscher Naturschutztag

■ Mit dem Thema „Naturschutz und Landnutzung – Analysen, Diskussionen, zeitgemäße Lösungen“ beschäftigen sich im kommenden Jahr die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Naturschutztages. Die größte Fachtagung für den beruflichen und privaten Naturschutz findet vom 13. bis 17. September 2016 in Magdeburg statt. Veranstalter sind gemeinsam mit dem gastgebenden Bundesland Sachsen-Anhalt (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt) der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), der Deutsche Naturschutzring (DNR) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN). [red]

- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: [helga.inden-heinrich@dnr.de](mailto:helga.inden-heinrich@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.deutscher-naturschutztag.de](http://www.deutscher-naturschutztag.de)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

## Deutscher Engagementpreis

**Publikumsabstimmung läuft**

■ Bis Ende Oktober entscheiden Bürgerinnen und Bürger über den diesjährigen Gewinner des Publikumspreises im Rahmen des Deutschen Engagementpreises. Wer bis zum 31. Oktober für sein Projekt oder seine Arbeit die meiste Zustimmung erhält, gewinnt den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis. Zusätzlich vergibt das Bundesfamilienministerium in diesem Jahr den Sonderpreis „Willkommenskultur gestalten“, der ebenfalls mit 10.000 Euro dotiert ist. Über die Preisträger der Kategorien Chancen schaffen, Leben bewahren, Generationen verbinden, Grenzen überwinden und Demokratie stärken sowie über den Sonderpreis entschied eine Jury im September. Die Bekanntgabe aller Preisträger erfolgt am 8. Dezember in Berlin. [mbu]

► [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de)

## Berliner Naturschutzpreis 2015

**Öko-Engagement lohnt sich**

■ Die Stiftung Naturschutz Berlin hat im September die Wohnungsgenossenschaft Merkur und die stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins Ökologisches Freiwilligendienst (FÖF), Karin Nohl, mit dem Berliner Naturschutzpreis ausgezeichnet.

Zur Begründung heißt es: „Der Schutz der Natur wird in der Merkur eG als integrative Aufgabe verstanden. Gemeinsam mit ihrer von Mieterinnen und Mietern gegründeten Arbeitsgemeinschaft Naturschutz zeigt die Wohnungsgenossenschaft, dass Naturschutz sowohl im Wohnungsbau als auch im Erhaltungsmanagement ohne größere Mehrkosten möglich ist. Ein wichtiges Signal an alle Bauherren der Stadt. Die AG zeigt vorbildlich, wie Partizipation gelingen kann.“

In der Kategorie Ehrenpreis würdigte die Stiftung Karin Nohl. Während ihrer Tätigkeit bei der Senatsverwaltung für

Stadtentwicklung und Umweltschutz war Nohl seit 1993 für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) verantwortlich. Sie sorgte unter anderem für eine umfassende Qualitätssicherung für das FÖJ. Zudem trug sie maßgeblich dazu bei, dass bundesweit eine ökologische Variante des Bundesfreiwilligendienstes entstand. Nohl baute erfolgreich eine Zentralstelle auf, die den Ökologischen Bundesfreiwilligendienst (ÖBFD) in Deutschland erst möglich machte. [mbu]

► [www.stiftung-naturschutz.de](http://www.stiftung-naturschutz.de)

## UN-Dekade Biologische Vielfalt

**Sielmann-Stiftung geehrt**

■ Im Juli ist in Berlin das Projekt „Naturnahe Gestaltung von Firmengeländen“ unter der Trägerschaft der Heinz Sielmann Stiftung mit der UN-Dekaden-Auszeichnung bedacht worden.

Helga Inden-Heinrich, Geschäftsführerin des DNR und Mitglied der Fachjury überreichte den Preis im Namen der UN-Dekade Biologische Vielfalt und lobte dabei die „naheliegende und innovative Idee zur Förderung der biologischen Vielfalt in dicht besiedelten Ländern wie Deutschland“. Bis heute hat die Heinz Sielmann Stiftung zusammen mit ihren Projektpartnern Bodensee-Stiftung und Global Nature Fund im Rahmen ihres Projektes mehr als 40 Unternehmen hinsichtlich einer nachhaltigeren und grüneren Gestaltung ihres Firmengeländes beraten – mit Erfolg. Unternehmen wie die Elbtalae Naturkostprodukte oder die Voelkel-Säfte haben an dem Projekt teilgenommen und damit Verantwortung gegenüber Natur und biologischer Vielfalt übernommen.

Bis Ende Mai 2016 können interessierte Unternehmen von dem Projekt aus dem Bundesprogramm Biologische Vielfalt profitieren. Informationen dazu gibt es auf der Internetseite „naturnahefirmengelaende“. [mp]

- [www.sielmann-stiftung.de](http://www.sielmann-stiftung.de)
- DNR, Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30/6781775-98, E-Mail: [helga.inden-heinrich@dnr.de](mailto:helga.inden-heinrich@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- [www.naturnahefirmengelaende.de](http://www.naturnahefirmengelaende.de)

**DIE ZUKUNFT  
DES  
WIRTSCHAFTENS  
HAT BEGONNEN!****GÜNSTIGES  
PROBEABO**

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro  
(inkl. Versand in Dtl.) statt 35,50 Euro

Die Zeitschrift Ökologisches Wirtschaften schließt die Lücke zwischen Theorie und Praxis einer nachhaltigen Gestaltung der Wirtschaft.

**JETZT  
PROBEABO  
ANFORDERN!**

Bestellung an: [abo@oekom.de](mailto:abo@oekom.de)

Leseprobe, Informationen zur Zeitschrift und Abobedingungen:

[www.oekologisches-wirtschaften.de](http://www.oekologisches-wirtschaften.de)

**oekom**  
verlag

## TERMINE

## OKTOBER

07.–09.10., Athen (GR)  
**8th International Scientific Conference on Energy and Climate Change.** Konferenz  
 ▶ Energy Policy and

Development Centre, Universität Athen, Tel. +30 (0)210 / 7275732, E-Mail: [epgsec@kepa.uoa.gr](mailto:epgsec@kepa.uoa.gr), [www.promitheasnet.kepa.uoa.gr](http://www.promitheasnet.kepa.uoa.gr)

08.10., Berlin (D)

**BRM – Forum Energiewende.** Kongress

▶ Bundesverband Regenerative Mobilität, Tel. +49 (0)3362 / 8859190, E-Mail: [info@brm-ev.de](mailto:info@brm-ev.de), [www.brm-ev.de/de/veranstaltungen.html](http://www.brm-ev.de/de/veranstaltungen.html)

09.10., Berlin (D)

**Ackern für die Zukunft – Perspektiven für Kleinbäuerinnen des globalen Südens 20 Jahre nach Peking.** Tagung

▶ Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Johanna Rupp, Tel. +49 (0)30 / 992969536, E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@aswnet.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@aswnet.de), [www.aswnet.de](http://www.aswnet.de)

09.–10.10., Tutzing (D)

**STADT und LAND im FLUSS.** Tagung

▶ Evangelische Akademie Tutzing, Rita Niedermaier, Tel. +49 (0)8158 / 251128, [www.web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=detail&lfidnr=2122](http://www.web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=detail&lfidnr=2122)

09.–11.10., Loccum (D)

**Gut gegessen? Wie können wir uns gesund, umweltverträglich und ethisch verantwortbar ernähren?** Tagung

▶ Monika C. M. Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: [Monika.Mueller@evlka.de](mailto:Monika.Mueller@evlka.de), [www.loccum.de](http://www.loccum.de)

10.10., Berlin (D)

**TTIP und CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!** Großdemonstration

▶ TTIP-Demo-Büro, NaturFreunde e.V., E-Mail: [info@ttip-demo.de](mailto:info@ttip-demo.de), [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

12.–13.10., Berlin (D)

**Nach dem Post-2015-Gipfel der UN – Konsequenzen für die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland.** Perspektivtagung

▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Global Policy Forum, terre des hommes, E-Mail: [europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org), <https://rsvp.globalpolicy.org/>

perspektivtagung-post-2015

14.–16.10., Loccum (D)

**Anders glauben im Klimawandel? Eine theologische Werkstatt.** Tagung

▶ Evangelische Akademie Loccum, E-Mail: [ilse-marie.schwarz@evlka.de](mailto:ilse-marie.schwarz@evlka.de), [www.loccum.de](http://www.loccum.de)

30.10., Hannover (D)

**Bodenleben.** Tagung

▶ BUND Hannover, Sibylle Maurer-Wohlatz, Tel. +49 (0)511 / 660093, E-Mail: [bund.hannover@bund.net](mailto:bund.hannover@bund.net), [www.bund-hannover.de](http://www.bund-hannover.de)

31.10. Lüneburg (D)

**Cradle to Cradle.** Kongress

▶ Cradle to Cradle e.V., Tel. +49 (0)40 / 64853958, E-Mail: [info@c2c-ev.de](mailto:info@c2c-ev.de), [www.c2c-ev.de](http://www.c2c-ev.de)

## NOVEMBER

02.–03.11., Bonn (D)

**15. Kommunale Klimaschutz-Konferenz des Klima-Bündnis.** Konferenz

▶ Klimabündnis, E-Mail: [a.hanisch@klimabuendnis.org](mailto:a.hanisch@klimabuendnis.org), [www.climatealliance.org](http://www.climatealliance.org)

03.–04.11., Berlin (D)

**Forschung für die Wärmewende.** Jahrestagung

▶ Forschungsverbund Erneuerbare Energien (FVEE), [www.fvee.de/termine](http://www.fvee.de/termine)

03.–05.11., Lübeck (D)

**9. Netzwerk21Kongress.** Kongress

▶ Grüne Liga, Karen Thormeyer, Tel. +49 (0)30 / 4433910, [www.netzwerk21kongress.de/de/index.asp](http://www.netzwerk21kongress.de/de/index.asp)

05.11., Frankfurt (D)

**Neue Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit.**

Praxisseminar

▶ B.A.U.M. e.V., Maren Janz, Tel. +49 (0)40 / 49071103, -1110, E-Mail: [maren.janz@baumev.de](mailto:maren.janz@baumev.de), [www.baumev.de](http://www.baumev.de)

07.11., Düsseldorf

**Die Plastik-Flut: Ein Öko-Desaster made by BAYER & Co.** Seminar

▶ Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Tel. +49 (0)211 / 333911, E-Mail: [info@CBGnetwork.org](mailto:info@CBGnetwork.org), [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)

## Impressum

umwelt aktuell Oktober 2015

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (gesamt verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Markus Kutzker [mk], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggl [es]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Alexandra Müller [akm], Pauline Weckwerth [pw], Marika Philippson [mp], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopäDNEWS:** siehe S. 33

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** DLR (Titel), **Grafik/DTP:** Marion Busch, Eric Janáček. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang

**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: [oekom@intime-media-services.de](mailto:oekom@intime-media-services.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Beschluss der Kultusministerkonferenz

## Lernbereich Globale Entwicklung erweitert

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat am 11. Juni die Neuausgabe des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Sie berücksichtigt nunmehr nahezu alle Fächer der Primarstufe und Sekundarstufe I und fokussiert stärker als vorher auf Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern.

Dem KMK-Orientierungsrahmen geht es um Impulse und Hilfen für eine konsequenter und schnellere Orientierung von Lernen, Bildung und Erziehung an den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Er will dazu beitragen, dass dafür früh und umfassend lebenslange Lernprozesse angestoßen werden. In einer Zeit großer globaler Herausforderungen gelte es sicherzustellen, dass Bildungsqualität das Fundament nachhaltiger Entwicklung ausmacht und die Voraussetzungen für eine Transformation in eine zukunftsfähige Gesellschaft stärkt. Der Orientierungsrahmen ist bereits auf die neuen Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen ausgerichtet und unterstützt im Hinblick auf das 2015 begonnene BNE-Weltaktionsprogramm die nationale Strategie „Vom Projekt zur Struktur“.

Das über 500 Seiten umfassende Handbuch ist das Ergebnis einer gemeinsamen Initiative der KMK und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie einer mehrjährigen Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Fachleuten. Die Neuauflage richtet sich mit ihrer verstärkten Praxisorientierung mehr noch als bisher direkt an die schulischen Akteure und ihre Kooperationspartner. Die kompetenzorientierten Unterrichtsbeispiele der neu aufgenommenen Fächer geben Anregungen, wie diese Ziele in der Praxis erreicht werden können.

Der *Lernbereich Globale Entwicklung* befördert ein integratives Verständnis der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), wobei es nicht um eine Verschmelzung der Schwerpunkte von Globalem Lernen, Umweltbildung und Interkultureller Erziehung geht, sondern um Vielfalt und eine wirkungsvollere Vernetzung. Dabei wird Wert darauf gelegt, dass das zentrale Leitbild der

### GLOBALE ENTWICKLUNG

nachhaltigen Entwicklung in der Bildung – anders als in der Politik – nicht primär als ein normatives Nachhaltigkeitsparadigma im Sinne von Leitplanken und wünschenswerten Verhaltensmustern zu verstehen ist, sondern in Lernprozessen Orientierung für Analyse, Bewerten und Handeln gibt.

#### Zugänge für Umweltbildung

Der Orientierungsrahmen benennt elf Kernkompetenzen in den miteinander vernetzten Bereichen *Erkennen – Bewerten – Handeln*, auf die sich die für den Lernbereich relevanten (Teil-)Kompetenzen der Fächer beziehen. Kompetenzen werden im Lernprozess an Inhalten erworben, die als ein prinzipiell offener Katalog von 21 relevanten Themenbereichen benannt werden. Darunter auch solche, die der Umweltbildung zuzuordnen sind, wie Landwirtschaft und Ernährung (5), Schutz und Nutzung natürlicher Ressourcen und Energiegewinnung (9) oder globale Umweltveränderungen (11). Der didaktische Ansatz zur Erreichung dieser Ziele ist durch fünf Leitideen geprägt:

- ▷ Orientierung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung
  - ▷ Analyse von Entwicklungsprozessen auf unterschiedlichen Handlungsebenen
  - ▷ Umgang mit Vielfalt
  - ▷ Fähigkeit zum Perspektivenwechsel
  - ▷ Kontext- bzw. Lebensweltorientierung
- Nachhaltige Entwicklung wird dabei nicht mit Wachstum gleichgesetzt, sondern als zukunftsfähige Entwicklung von Lebensqualität für alle verstanden unter Berücksichtigung ökologischer Rahmenbedingungen. Die Widersprüche der Lebenswelt sollen nicht verdeckt, sondern erfahrbar und für die eigene Positionierung und das eigene Han-

deln erschlossen werden. Inhaltlich knüpft der Lernbereich auch an die virulenten Themen der Medien und Sozialen Netzwerke an. Es geht um die Risiken der Überschreitung planetarischer Grenzen, die Auswirkungen von Armut, wachsende Ungleichheit, gewalttätige Konflikte und Kriege sowie die Verletzung vereinbarter Menschenrechte und die Möglichkeiten der nachhaltigen Gestaltung der eigenen Zukunft.

#### Partnerschaften mit deutlichem Mehrwert

In zahlreichen Beispielen wird die wachsende Bedeutung eines ganzheitlichen Ansatzes (whole institution approach) und die Verzahnung von Kernunterricht mit unterrichtsergänzenden Partnerschaften, sozialen, ökologischen und kulturellen Aktivitäten betont. Nicht zuletzt, weil sich bei der Untersuchung der Umsetzung der ersten Ausgabe des Orientierungsrahmens (2007) zeigt, dass die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen einen deutlichen Mehrwert für den schulischen Unterricht darstellt.

Der neue Orientierungsrahmen Globale Entwicklung greift damit die Kritik am Bildungssystem und seiner zögerlichen Anpassung an (global-)gesellschaftliche Anforderungen auf und öffnet sich mehr denn je der Zusammenarbeit mit Partnern, die Fachkenntnisse und neue Perspektiven in den Lernprozess einbringen.

Die Neuauflage des Orientierungsrahmens ist online unter [www.globaleslernen.de](http://www.globaleslernen.de) verfügbar.

**Jörg-Robert Schreiber, Verband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) und Mitherausgeber des Orientierungsrahmens.**

► [RobertSchreiber@t-online.de](mailto:RobertSchreiber@t-online.de)

## BLICKPUNKT

### „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ – global orientiert

**In einem Programm zur Verankerung von BNE in Grundschulen begleiten Referentinnen und Referenten aus Umweltzentren 22 hessische Schulen. Sie führen mehrere Themenmodule in den Klassen durch und begleiten die Schulprogrammentwicklung. Der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“ (OR) leistet dabei wertvolle Unterstützung.**

Drei Jahre „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ (SdN) in Hessen haben gezeigt: Es gibt bei den LehrerInnen ein großes Interesse an Themen nachhaltiger Entwicklung. Bei ihren Bemühungen, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im Schulalltag als auch in die Schulcurricula aufzunehmen, stehen den Schulen die Umwelt- und Nachhaltigkeitszentren unterstützend zur Seite. Sie führen im Laufe eines Jahres fünf bis sechs Module in den Klassen durch, bilden die LehrerInnen fort und planen mit ihnen gemeinsam die Weiterführung der Inhalte im Unterricht. Nach einer Pilotphase des Vereins Umweltlernen in Frankfurt e.V. führen seit 2014 sechs Umwelt- und Nachhaltigkeitszentren das „Schuljahr der Nachhaltigkeit“ (SdN) als Teilprojekt der Hessischen Bildungsinitiative Nachhaltigkeit durch.

Das Schuljahr der Nachhaltigkeit greift Themen auf, die sowohl für Natur- und Umweltbildung als auch für den Lernbereich Globale Entwicklung von Bedeutung sind, zum Beispiel: Konsum, Fairer Handel, Klimawandel, Energie und Biodiversitätsverlust. Über das Jahr verteilt finden hierzu Lernwerkstätten und Exkursionen statt. Sie werden von LehrerInnen und ReferentInnen gemeinsam durchgeführt. Die BNE-Themen, vorher unzusammenhängend über das Grundschulleben verteilt, erfahren durch das SdN eine übergeordnete Verknüpfung. Auf der Ebene der Schule entwickelt sich BNE mehr und mehr dazu, als Ganzes Aufgabe der Schule zu werden. Die Kapitel des Orientierungsrahmens zur Umsetzung in der Grundschule und zur BNE als Aufgabe der ganzen Schule eignen sich im Schuljahr der Nachhaltigkeit als gute Grundlage für die Beratungsgespräche mit Schulleitung und Kollegien.

#### Erkennen – Bewerten – Handeln

Der Orientierungsrahmen gliedert in die Kompetenzbereiche Erkennen – Bewerten – Handeln. Die SchülerInnen sollen im Bereich der Erkenntnisgewinnung das Anstellen von Vermutungen und Formulieren von Fragen erlernen. Für sie geht es darum, Erkenntnisse zu prüfen, zu bewerten und Konsequenzen für das eigene Handeln abzuleiten und zu beschreiben. Formuliertes Ziel im Kompetenzbereich der Bewertung ist es, dass die Kinder gesellschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Sachverhalte und Zusammenhänge benennen und hinterfragen können. Kinder bringen ihre eigenen Meinungen und Weltvorstellungen in der Schule ein. Aufgabe der pädagogisch Tätigen ist es, handlungsorientierte Lernprozesse anzustoßen, die es den Kindern ermöglichen, diesen vorgefassten Urteilen und Weltbildern mit großer Offenheit zu begegnen und sie gegebenenfalls neu zu bewerten.

**Beispiel Papier:** Ein Schulkollegium hatte sich das Wahlmodul „Papier“ ausgesucht, weil es unmittelbaren Bezug zum Alltag der Kinder hat und dabei eigene Handlungsmöglichkeiten bietet. Am Thema Papier wird die Vernetzung zwischen hier und anderswo sowie die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft deutlich. In der Lernwerkstatt erarbeiteten sich die Kinder lokale und globale Aspekte des Papierkonsums. Danach nahmen sie im Unterricht ihren Papierkonsum in der Schule unter die Lupe und recherchierten in Geschäften nach Recyclingpapier. Die Kinder lernten Projekte aus anderen Schulen kennen, vom Recycling- Einkaufsführer bis zum Verkaufsstand von Recyclingheften in der Schule und bewerteten sie.

Aufgrund ihrer Recherchen planten sie ihren eigenen Verkaufsstand. Seitdem ist das Thema Papier und Recycling im Schulalltag dauerhaft präsent und der Verkauf von Recyclingpapier wird fortgeführt.

**Beispiel Ernährung:** In der Lernwerkstatt Ernährung werden Expertenteams z. B. zu Gerechtigkeit, Mobilität oder Tierschutz gebildet. Die Gruppen beschäftigten sich mit der Lebenswelt von Kindern in Kakaoanbauländern, Saisonalität und Regionalität, Obst und Gemüse aus aller Welt, Fleischkonsum und Klima, Verschwendung von Lebensmitteln, Vergleich von Ernährung in verschiedenen Kulturen. Mit diesem Wissen gingen die Kinder einkaufen und planten das nächste Klassenfrühstück klimafreundlich und fair.

#### „Ein großer Gewinn“ – Motivationsschub für Schulentwicklung

Die Besuche der ReferentInnen aus den Umwelt- und Nachhaltigkeitszentren und die kontinuierliche enge Zusammenarbeit im Schuljahr der Nachhaltigkeit wirken für die Schulen motivierend und regen an, die Modulthemen in den Regelunterricht aufzunehmen: *„Das Schuljahr der Nachhaltigkeit war für unsere Kinder ein großer Gewinn. Die Unterstützung für uns LehrerInnen, Themen unter nachhaltigen Aspekten zu bearbeiten, war sehr groß! Besonders gut haben uns die didaktischen Prinzipien gefallen, an denen sich alle orientiert haben!“*, sagte eine Lehrerin einer Pilotschule von Umweltlernen in Frankfurt e.V.

Zusammen mit den Fortbildungen wirkt dies als „Türöffner“ zur Schul- und Curriculumsentwicklung in Richtung nachhaltiger Entwicklung. Über die Gestaltung des Unterrichts hinaus beschreibt auch der Orientierungsrahmen globale Entwicklung als Aufgabe der ganzen Schule, also das Ziel einer Gestaltung und eines Managements von Schulen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

Dieses Ziel entspricht dem Handlungsfeld 2 des Weltaktionsprogrammes BNE, das auf eine ganzheitliche Transformation der Lehr- und Lernumgebungen abzielt. Damit geht der Orientierungsrahmen Hand in Hand mit dem Weltaktionsprogramm und gibt für die Arbeit den wichtigen Impuls, eine Unterstützungsstruktur und Beratungsangebote zur Transformation für Schulen bereitzustellen. Die am Schuljahr der Nachhaltigkeit beteiligten Umwelt- und Nachhaltigkeitszentren werden diesen Impuls für die Weiterentwicklung ihrer Arbeit aufgreifen.

Jennifer Gatzke, Koordinationsstelle ANU-Hessen e.V., [jennifer.gatzke@anu-hessen.de](mailto:jennifer.gatzke@anu-hessen.de),

Mareike Beiersdorf, Projektleitung Schuljahr der Nachhaltigkeit, Umweltlernen in Frankfurt e.V., [mareike.beiersdorf@stadt-frankfurt.de](mailto:mareike.beiersdorf@stadt-frankfurt.de)

- ▷ [www.anu-hessen.de/6868.html](http://www.anu-hessen.de/6868.html)
- ▷ [www.bne-frankfurt.de/angebote/schuljahr-der-nachhaltigkeit/](http://www.bne-frankfurt.de/angebote/schuljahr-der-nachhaltigkeit/)
- ▷ [www.engagement-global.de/globale-entwicklung.html](http://www.engagement-global.de/globale-entwicklung.html)

## ZUM THEMA

Onlineportal**Globales Lernen und BNE**

□ Das Portal „Globales Lernen der Eine Welt Internetkonferenz“ (EWIK) ist ein Angebot zum Globalen Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Es bietet einen umfangreichen kostenlosen Service zu Onlinebildungsmaterialien, Aktionen, Veranstaltungen und Hintergrundinformationen. Träger ist der World University Service, Deutsches Komitee e.V.

▷ [www.globaleslernen.de/de](http://www.globaleslernen.de/de)

Online-Umfrage**Qualität in der Umweltbildung**

□ Die ANU lädt alle Tätigen in der außerschulischen Umweltbildung ein, an einer Online-Umfrage teilzunehmen. Es geht darum, zu erfahren, welcher Bedarf an Unterstützung in ihrem Berufsfeld besteht. Die Befragung findet im Rahmen des ANU-Projektes „Qualitätsentwicklung in der außerschulischen Umweltbildung“ statt, das zum Ziel hat, Unterstützungsmaßnahmen für die außerschulische Umweltbildung vorzuschlagen und dazu Realisierungsmöglichkeiten und Partner zu finden. Das Projekt wird gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Die Umfrage, die noch bis zum 11. Oktober online steht, wird vom Institut Technik und Bildung der Universität Bremen (ITB) im Rahmen von Masterarbeiten durchgeführt.

▷ [ww3.unipark.de/uc/QAU](http://ww3.unipark.de/uc/QAU)

SchülerInnenwettbewerb in NRW**„Globale Fragen suchen junge Antworten“**

□ Das „Eine Welt Netz NRW“ sucht anlässlich des Kongresses „WeltWeitWissen“,

der vom 14. bis 16.04.2016 in Bonn stattfinden wird, beispielhafte Projekte des Globalen Lernens und der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Schulen und außerschulische Jugendgruppen aus NRW können sich bis zum 15. November 2015 bewerben. Als Preis für die fünf Gewinnerprojekte winken ein Kurzfilm-Workshop mit einem Filmemacher des Grimme-Instituts sowie die Auszeichnung durch die Schirmfrau, NRW-Schulministerin Silvia Löhrmann.

▷ [www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/2887](http://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/2887)

Broschüre für Grundschule und NGO**Die große Globalisierung für kleine Leute**

□ Mit der Broschüre „Die große Globalisierung für kleine Leute. Globales Lernen mit Grundschulkindern“ wird LehrerInnen und SchulleiterInnen aus Grundschulen ebenso wie außerschulischen Bildungseinrichtungen und MultiplikatorInnen des Globalen Lernens Anregungen für die Bildungsarbeit mit jungen Kindern gegeben. Unterschiedliche AutorInnen stellen Materialien, Methoden und Bildungskonzepte vor. Darunter auch ein Bericht zu einer Mitmachausstellung „\*Deutschland\*Ein\*Wanderungsland“. Herausgeber sind der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen VNB e.V. in Kooperation mit dem Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung biz e.V. und dem Projekt „Eine Welt in der Schule“.

▷ [www.vnb.de/nordwest/meldungen/Globales\\_Lernen\\_mit\\_Grundschulkindern.php](http://www.vnb.de/nordwest/meldungen/Globales_Lernen_mit_Grundschulkindern.php)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern**Schwerpunktthema Flüchtlinge**

□ Die ANU Bayern hat in ihrer Mit-

gliederversammlung im Juni das Thema Flüchtlinge und MirantInnen als neuen Schwerpunkt gesetzt. Das ANU-Mitglied Evangelische Jugendsozialarbeit (ejsa) Bayern e.V. bietet für Umweltbildungsakteure bereits Seminare zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an. Dabei fließen die Erfahrungen der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit Bayern ein, die im Bereich Flüchtlingsarbeit seit Langem erfolgreich tätig ist. Informationen können bei Sonja Gaja, Tel. 089-159187-72, eingeholt werden.

▷ [www.lagjsa-bayern.de/umweltprojekt](http://www.lagjsa-bayern.de/umweltprojekt)

ANU Hamburg**Fortbildungsreihe für freiberuflich Tätige**

□ Zu den Themen Steuern, Versicherungen und Altersvorsorge bietet die ANU Hamburg NeueinsteigerInnen und „alten Hasen“ qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten. Ein Erste-Hilfe-Kurs und ein Praxisseminar zum Thema Inklusion ergänzen das Spektrum. Die ein- oder zweitägigen Seminare finden zwischen Oktober 2015 und Februar 2016 statt.

▷ [www.anu-hamburg.de](http://www.anu-hamburg.de)

Weiterbildung Umweltbildung/BNE**Trägerteam startet 10. Weiterbildungskurs**

□ Im April 2016 startet der 10. Kurs der Weiterbildung „Umweltbildung/Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die sich an MitarbeiterInnen von Bildungseinrichtungen, freiberuflich Tätige, mit Bildungs- und Vernetzungsaufgaben in Kommunen, Landratsämtern oder Betrieben betraute und ehrenamtlich in Vereinen oder Verbänden aktive Personen richtet. Die Weiterbildung umfasst 36 Bildungstage im Zeitraum April 2016

bis November 2017. Veranstalter ist das Trägerteam Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, Anke Schlehofer, Ökologische Akademie e.V., Linden, Thomas Ködelpeter und Ökopjekt MobilSpiel e.V., Steffi Kreuzinger, in Kooperation mit der ANU.

▷ [www.oekoprojekt-mobilspiel.de/weiterbildung/bne](http://www.oekoprojekt-mobilspiel.de/weiterbildung/bne)

## Rheinland-Pfalz

### Zooschule Landau erhält Umweltpreis

□ Die Zooschule Landau erhält einen von sechs rheinland-pfälzischen Umweltpreisen 2015 für die bundesweit ersten Zoo-Jugendspiele zum Schutz der biologischen Vielfalt. „Die Zooschule Landau leistet vorbildliche Umweltbildung, die weit über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung findet“, befand Umweltministerin Ulrike Höfken. Rund 400 Grundschulkindern nahmen im Mai an den ersten Zoo-Jugendspielen teil und stellten ihr Wissen über die Artenvielfalt unter Beweis. Die Initiatorin der Spiele, die Leiterin der Zooschule Dr. Gudrun Hollstein möchte in Zukunft dauerhaft einen Jahrgang motivieren, sich mit der Erhaltung der Artenvielfalt als weltweitem Schlüsselproblem über einen längeren Zeitraum intensiv zu befassen.

▷ [www.kurzlink.de/zooschulelandaupreis](http://www.kurzlink.de/zooschulelandaupreis)

WISSENSWERT

## Videodokumentation

### Service Learning

□ Beim Konzept Service Learning verbinden SchülerInnen konkretes gemeinnütziges Engagement in ihrem Umfeld mit Unterrichtsinhalten. Im diesjährigen Service-Learning-Wettbewerb der Stiftung

Aktive Bürgerschaft wurden fünf Schulen ausgezeichnet. In einer online verfügbaren Videodokumentation der Förderkonferenz für Service Learning, die am 3. Juni in Berlin stattfand, stellen sie ihre Projekte vor. Sie begleiteten zum Beispiel Flüchtlinge bei Behördengängen, entwickelten naturwissenschaftliche Experimente für Grundschüler oder einen Mobilitätsführer für ihre Gemeinde.

▷ [www.aktive-buergerschaft.de/service\\_learning/service-learning-wettbewerb](http://www.aktive-buergerschaft.de/service_learning/service-learning-wettbewerb)

## Kampagne

### „Wildes Hessen?!“ – Vielfalt in Garten, Dorf und Stadt

□ Eine neue Kampagne des Landes Hessen zielt darauf ab, BürgerInnen, Vereine, Schulen, Kindergärten und Kommunen für die wilde Vielfalt in der Natur und vor der eigenen Haustür zu begeistern. Sie soll Engagement für den Schutz und die Erhaltung dieser Vielfalt anregen – und zwar durch kleinräumige Verwilderungsprozesse im eigenen Garten, im Dorf oder in der Stadt. Bei einer Mitmachaktion sind alle eingeladen, eine „wilde Ecke“ im Garten, Balkon oder auf dem Grundstück entstehen zu lassen oder eine naturbelassene Ecke im Dorf oder in der Stadt zu entdecken. Die Beobachtungen werden durch Fotos, einen kurzen Film oder kleine Geschichten dokumentiert, die in eine interaktive Karte im Internet eingestellt werden können. Darüber hinaus gibt es zwischenzeitliche „Missionen“, das heißt besondere, zeitlich befristete Herausforderungen, die von den verschiedenen BotschafterInnen der Projektpartner, darunter der Landessportbund, die Evangelische Kirche und ANU-Hessen e.V., ausgerufen werden.

▷ [www.wildes-hessen.de](http://www.wildes-hessen.de)

## UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

### 05.–06. November 2015, Magdeburg

#### Flucht und Migration Lehrerfortbildung

Zu der Fortbildungstagung des Projekts „Eine Welt in der Schule“ für LehrerInnen der Grundschule und der Sekundarstufe I können sich Personen aus dem gesamten Bundesgebiet anmelden.

▷ [www.weltinderschule.uni-bremen.de/aktue\\_1.htm](http://www.weltinderschule.uni-bremen.de/aktue_1.htm)

### 15. Oktober 2015, München

#### Schatzkammer der Erde. Netzwerktreffen

Globales Lernen mit Kindern und Jugendlichen in internationalen Partnerschaften zu Klimaschutz und Regenwald ist Thema beim Netzwerktreffen für MultiplikatorInnen im Ökologischen Bildungszentrum München. Es werden Konzepte und Methoden sowie ein Handbuch vorgestellt.

▷ [www.oekoprojekt-mobilspiel.de](http://www.oekoprojekt-mobilspiel.de)

### 05.–06. November 2015, Hankensbüttel

#### Modern und unverstanden? Umsetzung von BNE in Tierparks und Zoos. Workshop

VertreterInnen namhafter Zoos und Tierparks stellen die praktische Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihren Einrichtungen vor. Es sollen Perspektiven für eine an den Kriterien der BNE orientierte, zukünftige Bildungsarbeit in Tierparks und Zoos entwickelt werden.

▷ [www.kurzlink.de/bneln\\_zoos](http://www.kurzlink.de/bneln_zoos)

## Impressum

### Herausgeber

ökopädNEWS

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

### Redaktion

Annette Dieckmann (verantwortl.), [dieckmann@anu.de](mailto:dieckmann@anu.de),

ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)